

Konsumspondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug • Das Einzelheft 15 Pf. ohne Porto • Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend • Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreilindstr. 5

69. Jahrgang

Berlin, den 3. Januar 1931

Nummer 1

Zum Problem der Arbeitszeitverkürzung

Gelegentlich der jüngsten Verhandlungen unserer Tarif-Kommission und vor dem Zentralratsamt (Mitte Dezember d. V.) wurden auf Unternehmenseite bei gegenseitiger Erwähnung der vernünftigen Ansichten des Berliner Metallindustriellen Erich B. Ledermann über die Notwendigkeit und Erfolgsmöglichkeit der Einführung der 40stündigen Arbeitswoche einige wegwerfende Zwischenrufe laut, die darauf schließen ließen, daß man diesen Kronzeugen aus dem eignen Lager als einen sehr unbehaglichen Zeitgenossen am liebsten diffamieren möchte. Und jedenfalls hat sich Herr Ledermann seit seinem öffentlichen Eintreten für eine praktische Lösung des Arbeitslofenproblems schon eine besondere Regieratut für die ihm von Unternehmenseite zugewandten schriftlichen Liebeswürdigkeiten einrichten müssen; ganz abgesehen davon, daß man wohl auch schon von Unternehmenseite genügend Hebel in Bewegung gesetzt haben dürfte, ihn nach besten Kräften wirtschaftlich zu schädigen. Trotzdem läßt Ledermann in der öffentlichen Berührung und Vertretung seiner als richtig erkannten Beurteilung eines zeitgemäßen Auswegs aus der Krise nicht locker. Erst in den letzten Tagen hat er in erfreulicher Offenheit im Berliner „Vorwärts“ (Nr. 603 vom 25. Dezember 1930) in der gleichen Sache gegen ein Rundschreiben der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, das sich gegen die Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden in der Woche ausspricht, Stellung genommen. Wir halten diese Darlegungen Ledermanns, von dessen mutigem Eintreten für die Verkürzung der Arbeitszeit wir teilweise schon im Leitartikel der Nr. 92 des „Korr.“ vom 15. November 1930 erstmalig Kenntnis gegeben haben, für so wichtig und wertvoll, daß wir uns verpflichtet fühlen, sie in ihren Kernpunkten an die Spitze der ersten Nummer des neuen Jahrgangs zu stellen. Denn die Frage der Arbeitszeitverkürzung zur Wiedereinrichtung der Arbeitslosen in den Produktionsprozess wird dem neuen Jahre seinen Stempel aufdrücken, und zwar ob die Unternehmer wollen oder nicht. Gerade der Umstand, daß zur Förderung dieses wichtigen Problems unserer Zeit sogar ein Unternehmer selbst das Wort ergreift, ist nicht nur nach der sozialen Seite hin charakteristisch für die sich auch im wirtschaftlichen Bereich vollziehende Umwertung aller Werte, sondern auch rein sachlich von außerordentlicher Bedeutung. Denn hier wird eine Entwertung der bisher auch für die deutsche Reichsregierung maßgebenden wirtschaftspolitischen Argumente auf dem Preis- und Lohngebiete aus dem Unternehmerrager selbst vorgenommen, deren Berechtigung nur realistische Ignoranten oder solche „Wirtschaftsführer“ bestreiten können, die von den tieferen Zusammenhängen zwischen Wirtschaft und menschlicher Gesellschaft nur wenig oder gar keine Ahnung haben. Doch lassen wir Herrn Ledermann nun nach seinen eignen Darlegungen im „Vorwärts“ selbst zu Worte kommen.

Dem Verfasser des Rundschreibens der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, der die bekannte reaktionäre Ansicht vertritt, daß eine Wiederbelebung der Wirtschaft nur durch Senkung der Löhne und Gekostungen (worunter auch Arbeitszeitverlängerung zu verstehen ist) erreicht werden könnte, stellt Ledermann die These gegenüber, daß die Bekämpfung der Wirtschaftskrise nicht von der Seite der Produktion, sondern von der Seite des Konsums erfolgen müsse. Denn eine Senkung der Löhne, eine Verlängerung der Arbeitszeit des einzelnen führe naturgemäß zur Konsumschwächung, eine möglicherweise gleichmäßige Verteilung der Kaufkraft unter der gesamten Bevölkerung führt dagegen zur Konsumsteigerung. Diese gleichmäßige Steigerung kann nur erreicht werden, wenn die Arbeitslosen wieder in den Produktionsprozess eingeschaltet werden. Das Primäre ist die Forderung, die Erwerbslosen konsumfähig zu machen; das Sekundäre ist die daraus resultierende verstärkte Konsumnachfrage und somit Konsumsteigerung.

Soweit also unter Senkung der Gekostungen die Senkung der Löhne verstanden wird, kann sie niemals wirtschaftsbelebend wirken. Im Gegenteil ist der Beweis leicht zu erbringen, daß Lohnsteigerungen erhöhtes Konsum und damit eine glänzende Wirtschaftskonzunktur bewirken. Zum Beweis dafür verweist dann Ledermann auf eine Tabelle aus dem 14. Sonderheft des Instituts für Konjunkturforschung; darin wurden die untenstehenden Steigerungen in den Jahren 1925 bis 1929 des Konsums aller Detailgeschäfte einschließlich Warenhäuser und Konsumgenossenschaften festgestellt. Daneben schreibt er die Löhne,

die seine Arbeiter (qualifizierte Arbeiter der Berliner Metallbranche) in den fraglichen Perioden erhalten haben.

Jahr	Konsum	Lohn pro Stunde	Konsumsteig. geg. Vorjahr in Proz.	Durchschnittl. Lohnsteiger. gegen Vorjahr in Proz.
1924	26 Milliard. M.	0,60—0,90	—	—
1925	31 Milliard. M.	0,92—1,15	18	12
1926	31 Milliard. M.	1,15	—	—
1927	34 Milliard. M.	1,15—1,26	10	5
1928	36 Milliard. M.	1,28—1,33	3—8	2
1929	36 Milliard. M.	1,33—1,37	0*	1½

* Mit Beginn der Arbeitslosigkeit zurückzuführen.

Es zeigt sich, daß der Konsum ungefähr dem Lohnsteigerungen gewachsen ist. Da die Endpreise ja nur zu einem Teil Löhne enthalten, muß die Steigerung nicht nur dem Wert nach, sondern auch mengenmäßig vorliegen. Auch unter Berücksichtigung der Bevölkerungszunahme ergibt sich, daß die Konsumfähigkeit wächst, wenn die Löhne steigen. Im Gegenteil muß jede Lohnsenkung konsumbeengend wirken, und zwar deshalb, weil der Preisrückgang der Ware niemals dem Lohnrückgang proportional sein kann. Denn der Preis eines jeden Produktes setzt sich durchschnittlich zusammen aus: 1. rund 20 bis 30 Proz. Rohstoffe, 2. rund 30 Proz. Lohnanteil (Angabe des Instituts für Konjunkturforschung), 3. rund 30 bis 40 Proz. allgemeine Unkosten (Gehälter, Miete, Abschreibungen für Investitionen, soziale Abgaben, Steuern usw.), 4. rund 10 bis 20 Proz. Unternehmerbruttogewinn.

Durch eine Steigerung des Exportgeschäftes, die infolge Lohnsenkung möglich wäre, kann die Verengung des Inlandskonsums nicht ausgeglichen werden, denn der Export macht nur ein Zwölftel unseres Gesamtumsatzes aus, ganz abgesehen von Gegenmaßnahmen des Auslandes gegen deutsche Dumpingpreise und der allgemeinen Depression auf den Weltmärkten. Die Verlängerung der Arbeitszeit hat nur die Bedeutung, daß noch mehr Arbeitslose durchgeschleppt werden müssen. Selbst aber, wenn unterstellt wird, daß bei einer Senkung des Lohnes und einer Verlängerung der Arbeitszeit das Endprodukt um einen gewissen Prozentsatz verbilligt würde, so wäre damit die Nachfrage nach dem Produkt noch lange nicht geschaffen.

Die geforderte Arbeitszeitverkürzung ist nicht unter dem Gesichtspunkt der Selbstkosten, sondern dem der Konsumsteigerung zu prüfen. Bei vollem Lohnausgleich würde die Erhöhung nicht 17 Proz., wie in dem Rundschreiben behauptet wird, sondern 9 Proz. vom Lohn ausmachen nach den genauen Berechnungen von Dr. Winkler im „Volkswirt“ vom 23. Oktober 1930. Da jährlich an Löhnen für Industriearbeiter 25 Milliarden Mark gezahlt werden, macht das eine Erhöhung von 2½ Milliarden Mark. Es ist aber zu bedenken, daß uns die Arbeitslosigkeit gegenwärtig im Jahre rund 4½ Milliarden Mark kosten wird, eine Summe, die höher ist, als die Lohnsteigerung bei vollem Lohnausgleich, und die ohne die Gegenleistung der Konsumsteigerung von Gewerbe, Handel und Industrie aufgebracht werden muß. Nach diesen Überlegungen scheidet die Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohnausgleich nicht ohne weiteres aus.

Wenn behauptet wird, daß bei einer Verkürzung der Arbeitszeit ohne Lohnausgleich die Summe der Löhne ja dieselbe bliebe, und also der Konsum auch dann nicht steigen könne, so muß dies bestritten werden. Dem Konsum würden nämlich hinzugeführt: die bedeutenden Sparbestände, die bisher aus Angst vor Entlassungen in den letzten 1½ Jahren, trotz dringender Bedürfnisse, von kleinen Leuten angesammelt wurden, die Investitionen, die bei starkem Abgeschwollen der Arbeitslosigkeit und damit verbundener Beruhigung der politischen Lebensverhältnisse wieder gemacht würden. Das naturgemäß eine gewisse Mehrbelastung für den Betrieb eintritt, wenn eine größere Anzahl Arbeiter bei nicht steigender Gesamtbeschäftigung beschäftigt wird, ist selbstverständlich. Ledermann hat diese Kosten in einzelnen Betrieben durchstakulieren lassen — und sie als unbedeutend festgestellt.

Was nun die entsprechende Umstellung der Betriebe betrifft, die bei Einrichtung der verkürzten Arbeitszeit erforderlich wäre, so sei nochmals darauf hingewiesen, daß dieselben Schwierigkeiten bei Einführung der 48-Stunden-Woche überwunden werden mußten und überwunden wurden, ganz zu schweigen von den Umstellungen, die im Kriege oft erforderlich und möglich waren. Doch wird wohl niemand mit dem Vorwurf die Abhilfe verbinden, die Produktionsmengen zu verringern. Es soll lediglich versucht werden, von der Konsumseite aus Produktion und Konsum zu balancieren.

Zu der Behauptung, daß es in einzelnen Fällen an Spezialarbeitern, trotz der hohen Arbeitslosigkeit, mangele, sei bemerkt, daß sich die Arbeitslosigkeit und der Produktionsrückgang auf fast sämtliche Branchen verteilt. In diesem Problem, das sich doch nur auf einzelne Spezialfälle beziehen kann, darf die Regelung der Arbeitslofenfrage nicht scheitern. Was die regionale Differenz in der Arbeitslosigkeit betrifft, so dürfen sich derartige Differenzen von selbst ausgleichen. Daß eine gut beschäftigte Branche nicht die Facharbeiter aus anderen Branchen einfach einstellen könnte, ist klar; es erscheint aber unwahrscheinlich, daß sehr große Unterschiede bestehen bleiben werden, denn die Anzahl gelernter Arbeiter einer Branche entspricht stets etwa ihrem Bedarf. Im übrigen wird wohl niemand, der die 40-Stunden-Woche propagiert, nun an eine ganz schematische Regelung denken. In diesem Sinne erscheint es erforderlich, daß die Arbeitszeit in einer Branche sich einregelt nach den vorhandenen Arbeitslosen. Wenn eine bestimmte Anzahl Arbeitsloser als diejenige Zahl betrachtet wird, die, sei es infolge von Krankheit oder wegen Unfähigkeit, in der Wirtschaft keine Aufnahme finden kann, dann müßte die Wirtschaft ihre Arbeitszeit verlängern können, wenn sie mit Aufträgen versehen ist, aber über diese Zahl hinaus keine Arbeitslosen am Ort gemeldet sind. Steigt die Anzahl der Arbeitslosen am Ort, ist die Arbeitszeit wieder eventuell bis 40 Stunden pro Woche herabzusetzen.

Die Befürchtung, daß bei Verkürzung der Arbeitszeit nicht genügend Arbeitsplätze für die neu einzustellenden Arbeiter vorhanden sein werden, scheint doch wohl im großen und ganzen unberechtigt. Schließlich hatten ja von den heute Arbeitslosen vor zwei Jahren noch zwei Drittel ihre Plätze, und diese werden bis auf diejenigen Betriebe, die sich ganz besonders weitgehend rationalisiert haben, auch noch vorhanden sein. Sollte in einzelnen Betrieben die Einstellung neuer Arbeiter unmöglich sein, dann müßte dieser Betrieb eben sehen, in 40stündiger Arbeitszeit mit dem verkleinerten Umsatz, der eine Folge der Reduzierung der Arbeitszeit wäre, seine Existenz zu finden. Da viele Betriebe, wie der Reichsverband der deutschen Industrie stets betont, verützt arbeiten, ohne zugrunde zu gehen, werden sie auf dieser Basis, falls ihnen die Fähigkeit oder die Möglichkeit mangelt, ihren Betrieb entsprechend einzurichten, stehen bleiben. Es werden dafür sicherlich andere unternehmenderer Konkurrenten ihre Betriebe erweitern, um den Mehrbedarf zu decken.

Der Hinweis auf Gasanstalten und Elektrizitätswerke dürfte übrigens falsch sein, da gerade bei derartigen Betrieben, die kontinuierlich arbeiten, durch die Reduzierung der Schichtzeiten eine entsprechende Regelung von Neueinstellungen möglich sein muß. Es ist dies nichts weiter als eine mathematische Aufgabe. Sie ist durch das Springerverfahren heute schon bei Werken wie Krupp, Deuna und anderen, gelöst. Natürlich sind damit Unannehmlichkeiten verbunden, mit denen aber doch gerechnet werden muß, wenn man derartige Probleme lösen will. Es muß natürlich scharf unterzucht werden zwischen: 1. den Betrieben, die infolge Rationalisierung und technischer Entwicklung mit weit weniger Arbeitern als früher die gleichen Leistungen vollbringen, bei denen also die Arbeitslosigkeit im wesentlichen die organische Folge der wirtschaftlich-technischen Entwicklung ist, und 2. denen, bei welchen die Handarbeit nicht durch Maschinen ersetzt werden konnte und die Arbeitslosigkeit eine sekundäre Erscheinung ist.

Zu den Befürchtungen wegen der Verkürzung der Arbeitszeit bei vielen Betrieben, bei denen aus saisonmäßigen Gründen starke Schwankungen des Beschäftigungsgrades sich ergeben, ist zu sagen, daß diese Gefahren zum großen Teil übersehbar sind. Es ist nicht einzugehen, wieso zum Beispiel die Konfektion, wenn sie mit einer größeren Lieferzeit zu rechnen hat, ihre Dispositionen nicht früher machen würde. Daß dies möglich ist, beweisen die Dispositionen der überseeischen Importeure, die bereits im Februar ihre Aufträge an Christbaumhölzern und Spielplätzen für das Weihnachtsgeschäft erteilen. Gewisse Schwierigkeiten dürften lediglich bei Auslandsgeheimnissen in Textilien bei der schnell wechselnden Mode auftreten, für die ja Sonderbestimmungen erlassen werden könnten. Im übrigen dürfte ein jeder wissen, der im Ausland Importgeschäfte gemacht hat, daß wir in bezug auf Lieferzeiten fast allen Konkurrenten über sind. Da im übrigen die Leistung des einzelnen Arbeiters in 40 Stunden pro Stunde größer ist als in 48 Stunden, würde die Lieferzeit sich nicht proportional verlängern. Wenn in den Ausführungen der Arbeitgeberverbände darauf hingewiesen wird, daß die Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze überflüssige Kapitalinvestitionen

darstellt, so beweist dies, wie sehr die Situation verkannt wird. Wir leiden ja zur Zeit in Deutschland gerade unter zu vielen Leer- und Arbeitsplätzen. Das wichtigste Erfordernis ist eben die Schaffung neuer Arbeitsmöglichkeiten für die ruhenden Hände, die ja auch ernährt werden müssen, wenn sie keine Tätigkeit ausüben.

Eine ernsthaftige Bekämpfung beruht nun im Rückgang in der Qualität des Erzeugnisses durch häufigeren Schichtwechsel, jedoch erleben wir einen allgemeinen Rückgang der Qualitäten besonders bei denjenigen Verbrauchsgütern, in welchen die Maschine die Handarbeit ersetzt hat. Es ist klar, daß das Produkt, welches heute in Massen für den Verbraucher hergestellt wird, nicht mehr die Qualitäten besitzen kann wie das handwerkliche. Schließlich wird jeder Unternehmer, schon um konkurrenzfähig zu bleiben, sich bemühen, einer Schädigung der Qualität durch den Schichtwechsel zu begegnen. Zu den etwas ausgelegenen Beispielen, die die Arbeitgeberverbände anführen, um die Unmöglichkeit einer Verkürzung der Arbeitszeit darzulegen, ist das mit den Gruppen von drei und fünf Arbeitern, die Hand in Hand arbeiten, das ausgelegteste. Die geringste Verbesserung an einer Maschine ergibt schon Divergenzen in den Arbeitsleistungen von ganz andern Maschinen. Die Arbeitszeitverkürzung soll nicht nur in Industrie und Handwerk, sondern auch in allen andern Betrieben eingeführt werden, wo die Maschine als Hilfsmittel zur Personalverringeringung geführt hat, also z. B. in Banken und im Handel. Es ist auch keineswegs einzusehen, warum mit den zeitparenden Rechenbuchungsmaschinen usw. nicht wesentlich kürzere Zeit gearbeitet werden soll. Selbst wenn aber diese Betriebe nicht berichtigt werden, ist das Institut für Konjunkturforschung der Meinung, daß weit über eine Million Arbeitslose trotz aller Reibungsverluste bei der 40-Stunden-Woche wieder eingestellt werden könnten, eine Zahl, die immerhin außerordentlich wesentlich ist.

Es werden im übrigen in dem Rundschreiben die Verluste nicht gewertet, die der Wirtschaft dadurch entstehen, daß die Arbeitslosen ihr Handwerk und ihre Fertigkeit verlieren. Die hochqualifizierte Arbeiterkraft stellt einen wesentlichen Teil unseres Volkvermögens dar. Zusammenfassend muß gesagt werden: 1. Die stets gestiegenen Umsätze im Inland sowohl wie die im Export seit 1924 beweisen, daß nicht die Lohnherabsetzungen uns in die jetzige Krise gebracht haben. 2. Die Tatsache, daß die Arbeitslosigkeit in den meisten andern Ländern fast in gleichem Umfange auftritt, weist darauf hin, daß die gerade in den letzten Jahren ins Phantastische entwickelte Gütererzeugung die Arbeitslosigkeit und damit erst den Konsumrückgang gebracht hat. 3. Der Endpreis eines Produktes kann sich niemals proportional so verringern, als die Lohnverringering in Prozenten ausmacht, da in jedem Preis eines Produktes Kosten enthalten sind, die nicht von Lohnsenkungen berührt werden. 4. Der Ruf nach Preisentzug hat nur Sinn, wenn die Löhne dabei nicht gesenkt würden, nur so kommt eine geringe Konsumerhöhung zustande. Bei den Lasten der Wirtschaft und den geringen derzeitigen Umsätzen ist eine solche bedingte Verbrauchszug zur Zeit im großen und ganzen nicht möglich.

Schon jetzt erheben sich die Stimmen, die sich von Preisentzügen größeren Umfangs versprechen und schon enttäuscht sind. (Klöner.) Da, wie gesagt, bei 10 Proz. Lohnabbau das Endprodukt sich nur um höchstens 3 Proz. ermäßigen kann, wird der Konsument, der die Zusammenhänge nicht versteht, den mangelnden Erfolg der Preisentzug dem Unternehmer in die Schuhe schieben. Die Kluft zwischen Arbeiter und Unternehmer wird vergrößert, die Radikalisierung gefördert werden.

So weit Herr Ledermann als Unternehmer zur Frage der Arbeitszeitverkürzung. Er befähigt die Möglichkeit der Kaufkrafttheorie der Gewerkschaften und lehnt die Lohnsenkungstheorie als gänglich verkehrt ab, und in der Preisentzugaktion erblickt er gleich ein verfehltes Experiment. In der von der reaktionärsten Unternehmenseite außer Lohnabbau noch geforderten Verlängerung der Arbeitszeit sieht er eine Vergrößerung des Arbeitslosenstands, was auch wir in allen solchen „Wiederbesetzungsversuchen“ sogenannter Wirtschaftsführer nur grenzenlose Profitgier erkennen, die ihre Existenz nur auf die Arbeit anderer Menschen stützen kann und will und hilflos zusammenbrechen müßte, sobald ihr diese willkürliche Zuteilung der Früchte menschlicher Arbeitskraft nicht mehr möglich sein würde.

Gewerkschaftspolitische Jahresrückblick

Ein Rückblick auf die für die organisierte Arbeiterschaft wichtigsten Ereignisse des Jahres 1930 muß zunächst die entscheidende Bedingung für die Entwicklung des sozialen Fortschritts in Betracht ziehen, nämlich die Lage der Wirtschaft, vor allem die Lage des Arbeitsmarktes. In wenigen Zahlen drückt sich die unglückliche Entwicklung aus, die sich auf dem Gebiet des Arbeitsmarktes im vergangenen Jahr vollzogen hat. Am 15. Januar 1930 betrug die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge zusammen 2 293 734, am 15. August 1930 betrug sie immer noch 1 916 590, am 15. November bereits wieder 2 198 764. Der sommerliche Abstieg von der Arbeitslosigkeit des Winters war also nur sehr gering, während der neue Anstieg zur winterlichen Arbeitslosigkeit bereits sehr frühzeitig wieder einsetzte. Dabei drückt die letztgenannte Zahl vom 15. November keineswegs den Gesamtumfang der Arbeitslosigkeit aus, werden doch zur Zeit mehr als 700 000 Wohlfahrtsverwerbslose von den Gemeinden unterstügt, während es im Januar 1930 nur etwa 250 000 waren. So liegt denn auch die Zahl der arbeitslosen Arbeitssuchenden Ende November mit 3,683 Millionen erheblich viel höher als im Januar 1930; in dem

die Zahl nur rund 1,2 Millionen betrug. Das gleiche Bild weisen auch die gewerkschaftlichen Statistiken auf: Ende Januar betrug die Gesamtzahl der arbeitslosen Gewerkschaftsmitglieder 22,2 Proz., die der Kurzarbeiter 10,6 Proz., Ende August die entsprechenden Zahlen 22,0 und 14,2 Proz., Ende November 20,3 Proz. und 15,6 Proz.

Diese Entwicklung der Arbeitslosigkeit hemmt nicht nur die gewerkschaftliche Stoffkraft, sie führte gleichzeitig insolge des starken Zuschußbedarfs der Arbeitslosenversicherung und der steigenden Anforderungen der Krisenfürsorge und der kommunalen Wohlfahrtspflege zu einer gewaltigen Vermehrung der öffentlichen Ausgaben, die ihrerseits wieder eine Drohselung anderer Ausgaben für soziale Zwecke, insbesondere einen Abbau nicht nur der Arbeitslosenversicherung, sondern auch der Krankenversicherung im Gefolge hatte. Schließlich mußte die natürliche Auswirkung der langfristigen Arbeitslosigkeit bei gleichzeitiger Senkung der Unterhaltungsleistungen eine fortgeschrittene Radikalisierung der von der Arbeitslosigkeit betroffenen Millionen von Arbeitern sein, deren politische Konsequenzen sich bei der Reichstagswahl vom 14. September 1930 in unheilvoller Weise geäußert haben. Nur aus dieser Gesamtsituation ist die Entwicklung zu verstehen, die sich im vergangenen Jahre auf sozialpolitischen Gebieten vollzogen hat, auf dem bisher wohl kaum ein Jahr der Nachkriegszeit so reich an Enttäuschungen und folgenschweren Rückschlägen war wie das vergangene.

Wenn die Regierungskreise im Frühjahr durch die Auseinandersetzungen um die Erhaltung und Sanierung der Arbeitslosenversicherung akut wurde, so war dies nur das äußere Zeichen einer sozialpolitischen Umstellung, die sich in den bürgerlichen Parteien und den ihnen nahestehenden Regierungspartnern durchgesetzt hatte. Die hohen sozialen Ausgaben sollten eingeschränkt werden, d. h. die Auswirkungen der Wirtschaftskrise und der äußeren Verschuldung Deutschlands sollten in erhöhtem Maße zu Lasten der Arbeiterschaft gehen. Nichts anderes als ein Kampf um die Lastenverteilung war es, der zur Bildung der bürgerlichen Regierung, zum Abbau der sozialen Gesetzgebung, zu einer gegen die Arbeiterschaft gerichteten Steuerpolitik führte, als die politisch geeignete Situation gekommen schien.

Am deutlichsten zeigt sich diese Entwicklung in der Arbeitslosenversicherung. Schon das Finanzgesetz vom 28. April 1930, das die unbeschränkte Darlehenspflicht des Reiches aufhob, bedeutete den Anfang des Abbaues, der durch die Notverordnung des Reichspräsidenten vom 26. Juli 1930 in überaus einschneidender Weise durchgeführt wurde. Allerdings wurde gleichzeitig die unumfängliche Erhöhung des Beitrags nunmehr in großem Ausmaß durchgeführt, in dem der ab 1. Januar 1930 auf 3½ Proz. des Lohnes bezifferte Beitrag ab 1. August auf 4½ Proz. und ab 6. Oktober sogar auf 6½ Proz. erhöht wurde. Es zeigte sich hier, das es nicht die Überzeugung von der Untragbarkeit der Beitragserhöhung, als vielmehr der Entschluß zum Abbau der Leistungen der Versicherung gewesen war, der die bürgerlichen Parteien das Kabinett Hermann Müller sprengen ließ.

Aber noch einmal mußte die Beitragserhöhung in der Arbeitslosenversicherung zur Begründung eines im höchsten Grade unsocialen politischen Schrittes herhalten. Wurde doch die sogenannte Reform der Krankenversicherung, die gleichfalls durch die Notverordnung vom 26. Juli erfolgte und weitgehend den Forderungen der Unternehmer Rechnung trug, in erster Linie auch mit der Erhöhung des Beitrags in der Arbeitslosenversicherung begründet, die zu einer Senkung des Sozialbeitrags auf andern Gebieten zwinge.

Es erscheint nicht notwendig, an dieser Stelle noch einmal den Inhalt der Abbaugesetze zu wiederholen, oder auf die, in der Arbeitslosenversicherung allerdings nur sehr geringfügigen, Mitteilungen hinzuweisen, die durch die neue Notverordnung vom 1. Dezember 1930 unter dem Einfluß der Sozialdemokratie erreicht werden konnte. Dagegen muß auf den Zusammenhang hingewiesen werden, der diesen Teil staatlicher Sozialpolitik mit einem andern verbindet, nämlich mit dem staatlichen Schlichtungswesen. Denn ebenso wie die Sozialversicherung, insbesondere die Arbeitslosenversicherung, eine Untermauerung und Stützung der Arbeitsbedingungen durch eine staatliche Einrichtung bedeutet, und wie jeder Abbau dieser Einrichtungen sich mittelbar in einer Verschlechterung der gesamten sozialen Lage und der Arbeitsbedingungen der Arbeiterschaft auswirken muß, so kann ja auch das staatliche Schlichtungswesen sowohl in den Dienst der Verbesserung der Arbeitsbedingungen gestellt werden, wie auch der Verschlechterung der Arbeitsbedingungen dienlich gemacht werden. Die letztere Tendenz hat sich in voller Radikalität bei dem Schiedspruch in der Berliner Metallindustrie und den nachfolgenden Sprüchen ausgedeutet, und nur wenigen besonders starken Gruppen gelang es, sich erfolgreich zur Wehr zu setzen.

Aber schon zuvor war der neue Kurs der Staatsgewalt deutlich sichtbar geworden, insbesondere im Mai 1930 durch den Schiedspruch für die Nordwestfälische Eisenindustrie und durch die Haltung des Schlichters bei den späteren Kämpfen in Mitteldeutschland.

Die schweren Probleme, die sich aus der Lage des Arbeitsmarktes und der Bedrohung der sozialen Einrichtungen ergaben, führten zu zahlreichen grundsätzlichen Beratungen der Gesamtheit der Gewerkschaften im Bundesausfluß des ADGB. Sie tiefen sie auch zu öffentlichen Kundgebungen auf den Plan. Schon die erste Ausschussung des ADGB im Jahre 1930 am 17. und 18. Februar beschäftigte sich einmal insbesondere mit der Finanzreform und der Arbeitslosenversicherung, ferner auch mit der Lage der Invalidenversicherung, die man damals trotz der be-

drohlichen Entwicklung ihrer eignen Finanzen zum Zwangsgläubiger der Arbeitslosenversicherung machen wollte. Schließlich wurde in einer Entschließung zur Krise des Arbeitsmarktes die Verfestigung der Arbeitsbeschaffung, insbesondere Förderung des Wohnungsbaues und Ausbau der Kostendarbeiten gefordert und gegen das Überbetundenweisen Stellung genommen.

In der späteren Tagung vom 30. Mai, die als öffentliche Kundgebung gemeinsam mit dem ADGB-Bund stattfand, wurde der Protest der Gewerkschaften gegen die Einschränkung der sozialen Leistungen und gegen den Lohnabbau wiederholt und gleichzeitig gegen die unsozialen Wirtschaftspolitik Front gemacht, die durch Duldung der Wirtschaftspolitik der Kartelle und ungeschwächte Subventionen, insbesondere für die Landwirtschaft, in Verbindung mit protektionistischer Zollpolitik die Lebenshaltung der breiten Massen verteuerte. Die Ausschussung vom 12. und 13. Oktober schließlich befaßte sich grundräßig mit der immer furchtbarer werdenden Lage des Arbeitsmarktes und mit der im Schiedspruch für die Berliner Metallindustrie nunmehr programmatisch begonnenen Lohnaktion. Sie gipfelte in der Forderung nach einer generellen Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden pro Woche, ferner in dem Verlangen nach Erhaltung der Kaufkraft durch Stützung des Reallohnes.

Die Aktion für eine Entlastung des Arbeitsmarktes muß auch weiterhin im Vordergrund der gewerkschaftlichen Tätigkeit stehen. Erst wenn es gelungen ist, eine führende Verminderung der Arbeitslosigkeit durchzuführen, wird sich die unmittelbare wirtschaftliche Kampffront der Gewerkschaft, wird sich auch ihr mittelbarer politischer Einfluß wieder so vergrößern, daß sowohl die Verbesserung der Arbeitsbedingungen, wie auch der Wiederaufbau und Ausbau der sozialen Einrichtungen mit Erfolg betrieben werden kann. Daß diese Entlastung des Arbeitsmarktes nicht allein mit dem Mittel der Arbeitszeitverkürzung, der Arbeitsbeschaffung und ähnlichen Maßnahmen erreicht werden kann, steht natürlich außer Zweifel. Hingukommen muß eine Besserung der gesamten Wirtschaftslage, die eine vernünftige Wirtschaftspolitik zur Voraussetzung hat. Planlose Vernichtung der Massenkaufkraft kann niemals zu diesem Ziel führen. Wenn die Gewerkschaften sich daher mit allen ihnen zu Gebote stehenden Kräften gegen die Willkür des Lohnabbaues zur Wehr setzen, so handeln sie damit gleichzeitig im wohlverstandenen Interesse der gesamten Volkswirtschaft.

Darüber hinaus gilt es, die sozialen Einrichtungen, namentlich die Sozialversicherung, der weiteren Erschütterungen zu bewahren und den zur Zeit völlig unzureichenden Arbeitslosenhilfen zu erweitern. Die von den Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion neuerdings geforderte Arbeitslosenfürsorge, die alle aus der Versicherung nicht unterstützten arbeitslosen Arbeitnehmer erfassen soll, ist ein wichtiges Kampffeld der nächsten Zukunft.

Niemals waren zwar die politischen und die wirtschaftlichen Verhältnisse seit dem Krieg für die Arbeiterschaft ungünstiger als zur Zeit, niemals aber standen auch so lebenswichtige Interessen für die Arbeiterschaft auf dem Spiel wie jene, die es heute zu verteidigen gilt.

Sozialpolitische Jahresrückblick

Ein in politischer, wirtschaftlicher und sozialpolitischer Hinsicht äußerst bewegtes Jahr liegt hinter uns. Die Forderungen im Reichshaushalt erforderten dringend eine Finanzreform. Aber die hierzu einschlagenden Wege fehlten die wichtigsten Interessenkämpfe ein. Die höher und höher ansteigende Arbeitslosigkeit und die damit verbundene schlechte Finanzlage der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung gab den reaktionären Kreisen willkommenen Anlaß, die Meinungsduld an dieser Misere den überladenen Leistungen der Arbeitslosenversicherung zu geben. Mit einer Unverfrorenheit fondergleichen wurde die Öffentlichkeit irreführend und die Auffassung großzügig, daß nur ein gründlicher Abbau der Arbeitslosenversicherung eine Gesundung der Gesamtlage herbeiführen könne.

Die Gelegenheit erschien den Herrschaften außerordentlich günstig, gleichzeitig den Abbau der übrigen Sozialversicherung mit allem Nachdruck zu fördern. Die Krankenversicherung war es, die besonders auf's Korn genommen wurde, die Versicherungsart, die dem Unternehmertum am bewilligen so verhält ist, weil sie am populärsten ist und weil sie der Arbeiterschaft einen verhältnismäßig starken Einfluß gewährt.

Die Denkschrift der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände „Die Reform der Sozialversicherung eine Schicksalsfrage des deutschen Volkes“, enthielt Vorschläge zu einem ungeheuerlichen Abbau der Krankenversicherung. Hauptzweck heißt es in der Einleitung, daß das Ziel ihrer Kritik und Vorschläge „nicht die Befreiung der deutschen Sozialversicherung sei, sondern im Gegenteil deren Erhaltung, und zwar auf der bisherigen öffentlich-rechtlichen Grundlage. Unter Beibehaltung der heutigen Dreiteilung der Sozialversicherung sollen Rechtsgrundlagen geschaffen werden, die im Rahmen der wirtschaftlichen Möglichkeiten den Versicherten ausstreichende und erfüllbare Beiträge für ihre berechtigten Versicherungsansprüche gewähren. Es soll aber eine unbedingte Ausnutzung der Versicherungsleistungen verhindert werden, die auf die Dauer die allgemeine Volksmoral schädigt, aber auch zu Lasten der arbeitswilligen und beitragszahlenden deutschen Arbeitnehmerschaft erfolgt.“

Die Sorge um die Volksmoral läßt das Unternehmertum Vorschläge machen, die eine Einsparung von 600 Millionen Mark in der Krankenversicherung ermöglichen sollen. Der Hansabund, ein besonders reaktionäres Gebilde, schlägt in einer Denkschrift Ersparungen im Reichshaushalt in

Höhe von rund 800 Millionen vor, von denen allein 340 Millionen auf den Etat des Reichsarbeitsministeriums entfallen.

Die Große Koalition im Reich scheiterte an den maßlosen Abbauforderungen zur Arbeitslosenversicherung. Die Sozialdemokraten konnten die Verantwortung für die geplante Verhinderung der für die Arbeiterklasse gerade in der Zeit doppelt wichtigen Arbeitslosenversicherung nicht übernehmen. Es folgte die Brüning-Steinweg-Regierung.

Das Unternehmertum begnügte sich aber nicht mit der Forderung nach gründlichem Abbau der Sozialversicherung, sondern es veranfaßte daneben eine starke Offensive gegen die Lohnhöhe zwecks „Senkung der Gestehungskosten“. Die neue Regierung ständerte ihm tatkräftig, insbesondere durch die Verbindlichkeitsklärung des famosen Deynhäuser-Schiedespruchs für die Metallarbeiter. Ein weiteres Glied in dieser Reihe ist der Schiedspruch für die Berliner Metallarbeiter. Daneben wurde den Massen eine Preisabnahmepolitik vorgeführt.

Weitgehendes Verständnis fanden die Unternehmer bei den Herren Brüning und Steinweg für den geforderten Abbau der Arbeitslosen- und Krankenversicherung. Die „berühmte“ Notverordnung vom 26. Juli diktierte einen Abbau dieser Versicherungsarten in geradezu aufreißender Art. In der Arbeitslosenversicherung wird dekretiert, daß Angehörige der Lohnklassen VII bis XI, die in den letzten 18 Monaten nicht mindestens 52 Wochen in versicherungspflichtiger Beschäftigung standen, niedrigere Unterstützungssätze erhalten. Arbeitslose unter 17 Jahren mit familienrechtlichen Unterhaltungsansprüchen sowie alle sogenannten geringfügig Beschäftigten werden ausgeschlossen. Die Wartezeit wird zum Teil verlängert und die Sperrfristen bis zu 12 Wochen erhöht usw. Zu all den Verschlechterungen wird als „Ausgleich“ eine Beitrags-erhöhung verordnet.

In der Krankenversicherung werden außerordentlich harte Leistungsbeschränkungen den Krankenkassen oktroyiert. Dazu kam die aufreißende Vorstöße auf Zahlung einer Krankenkassengebühr von 50 Pf. und eines Arzneikostenbeitrages, wodurch eine schwere Gefährdung der Volksgesundheit heraufbeschworen wurde. Neben diesen Maßnahmen ist in diesem Zusammenhang die äußerst unsoziale Bürgersteuer zu nennen, ebenso die Sonderbesteuerung der Lebewein.

Angehts dieser für die Arbeiterklasse außerordentlich wichtigen Situation hätte man erwarten müssen, daß die Reichstagswahl eine geschlossene Abwehrfront gefunden hätte gegen die Reaktion. Das Ergebnis zeigte jedoch, daß große Teile des Volkes denjenigen Kreisen ihre Stimme gaben, die es verstanden, mit den demagogischsten Mitteln die Instinkte aufzuwecken. Die Lage ist dadurch für die Arbeiterklasse weiter verschlechtert worden. Ein Trost bleibt noch, daß die Sozialdemokratie ihren Sitzbestand nahezu halten konnte und damit in die Lage versetzt wurde, die Dinge noch etwas zu beeinflussen, d. h. noch Schlimmeres zu verhüten.

Der neue Reichstag erwies sich als durchweg arbeitsunfähig und die Brüning-Regierung griff erneut zu der Anspannung des Artikels 48 der Reichsverfassung. In der Verordnung des Reichspräsidenten vom 1. Dezember wurde dem Volke ein ganzes Buletto von steuerlichen und sozialpolitischen Maßnahmen vorgelegt, und der Deutsche Reichstag fand sich mit dieser Last besetzt.

Die neue Notverordnung bringt unter dem Druck der Sozialdemokraten Erleichterungen in der Arbeitslosen- und Krankenversicherung. Auch die Bürgersteuer bekam einige Befreiungsmöglichkeiten und dazu eine stärkere Steuerstaffelung. Die Lebeweinsteuer wurde verlängert, der Mieterschutz weiter durchlöchernd und das Ende der Mieterschutzgebühre für 1936 angekündigt. Andererseits wurden der Landwirtschaft und dem Gewerbe zahlreiche steuerliche Erleichterungen zugestanden und den Steuerdrückbergern eine Steueramnestie in Aussicht gestellt. Eine Ermäßigung der Lohnsteuer „vergaß“ man jedoch. So ganz nebenbei sorgte die Notverordnung auch dafür, daß künftig die Versorgungsamänner zwangsmäßig auch in freiverwendende Stellen der Kranken-, Unfall-, Knappschafts- und Arbeits-

losenversicherung aufgenommen werden müssen. Rückfichten auf die Selbstverwaltung kennt Herr Brüning dabei nicht, entgegenstehende gesetzliche Bestimmungen werden einfach außer Kraft gesetzt.

Es würde zu weit führen, in diesen allgemeinen Betrachtungen Einzelheiten zu schildern. Die wichtigsten sozialpolitischen Ereignisse sind zudem im Schlußkapitel festgehalten.

Was haben wir nun von dieser Regierung an weiteren sozialpolitischen Maßnahmen zu erwarten?

Herr Brüning hat am 10. Oktober im Reichstag, nachdem er einleitend beteuerte, daß die Reichsregierung sich in sozialer Gesinnung von keinem ihrer Vorgänger übertraffen läßt, einiges über seine sozialpolitischen Absichten verlaßbar lassen. Er sagte u. a.: „Die Reichsregierung wird den Entwurf eines Arbeitschutzgesetzes, der bereits dem vorigen Reichstag vorgelegt war, und die mit ihm in Zusammenhang stehenden Entwürfe eines Bergarbeitsgesetzes und einer Neuregelung der berufsgenossenschaftlichen Unfallversicherung dem Reichstag vorlegen. Der Entwurf eines Tarifvertragsgesetzes geht seiner Vollendung entgegen und wird dem Reichstag hoffentlich bald vorgelegt werden können. Auf dem Gebiet der Sozialversicherung sollen die Invalidenversicherung und die Knappschaftliche Pensionsversicherung gesichert und die Unfallversicherung vervollständigt werden. Die Novelle zur Angestelltenversicherung wird dem Reichstag wieder zugehen.“

Nach all dem, was wir bisher erlebt haben, müssen wir bezüglich des Inhalts dieser geplanten Maßnahmen das stärkste Mißtrauen hegen und uns auf neue heftige Kämpfe einstellen.

Die Gewerkschaften haben alles getan, um ihrerseits Wege zu zeigen zur Befreiung bzw. Milderung der gegenwärtigen Wirtschaftskrise. Sie haben Vorschläge gemacht (u. a. zur Arbeitsfreudung), die sich bei einigem guten Willen allerseits sehr wohl durchführen lassen. Die Gewerkschaften werden nicht erlahmen in ihrem Kampf um die Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse und die Sicherung und den Ausbau der Sozialpolitik. Dieser Kampf ist ein schwerer, aber es liegt kein Grund zum Verzagen vor. Eins aber ist notwendiger denn je: die Geschlossenheit der Arbeitermerkschaft. Lernen wir von unsern Gegnern!

Der Vorsitzende des DGB, Theodor Leipart, hat zum Schluß eines Referats vor den Funktionären in Düsseldorf folgende beherzigenswerte Worte gesprochen:

„Wir wissen, daß selbst um diese Gegenwartsforderungen schwere Kämpfe geführt werden müssen, daß dunkle Kräfte sich mit aller Gewalt dagegen sträuben, weil kleinlicher Eigennutz ihnen höher steht als gemeinsame Arbeit für Deutschlands Wirtschaft. Wird es uns möglich sein, diesen reaktionären Widerstand zu besiegen? Ich weise auch hin auf das Schöne und in seiner Tiefe so wahre Wort: „Der Glaube kann Berge versetzen“. Allerdings nur der Glaube, der zur Schwungkraft des Willens; der zur ständigen treibenden Kraft entschlossenen Handelns wird. Jeder Mensch bedarf des festen und festen Glaubens an Ideale, die seinen Willen anfeuern. Auch Funktionäre ist die hohe Aufgabe gestellt, die Schar der Mitglieder zu festigen und neue Scharen unserm Glauben, unserm Willen zu gewinnen: dem Glauben an das Recht und den Erfolg unfers Kampfes, an die Kraft und die Hoheit unsrer Ideale, dem Willen zur Macht und Stärke der Gewerkschaften, dem Glauben an das erprobte Gemeinschaftsgefühl und den Opfermut unsrer Anführer, dem Willen zur Freiheit und zum Siege der deutschen Arbeiterklasse!“

Alter Übung gemäß sei zum Schluß wieder eine Übersicht gegeben über die wichtigsten sozialpolitischen Gesetze und Verordnungen.

Arbeitszeit und Arbeitsjahr. Die Verordnung vom 26. März 1930 über die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter im Steinkohlenbergbau bestimmt u. a., daß die Arbeitszeit einschließlich Pausen acht Stunden täglich nicht übersteigen darf für Personen im Alter zwischen 14 bis 16 Jahren. Eine weitere Verordnung vom gleichen Tage ordnet an, daß in Walz- und Hammerwerken für Eisen, Stahl und andre Metalle, in denen diese Stoffe nicht kalt verarbeitet werden, Kinder, die das 14. Lebensjahr noch nicht vollendet haben oder noch volksschulpflichtig

sind, nicht beschäftigt werden dürfen. In den gleichen Werken dürfen Arbeiterinnen mit den eigentlichen Betriebsarbeiten ebenfalls nicht beschäftigt werden. Des weiteren sind Beschäftigungsverbote erlassen bei bestimmten Arbeiten in der Glasindustrie für Jugendliche unter 18 Jahren. Die Verordnung zum Schutz gegen Kleinergiftung bei Anstricharbeiten vom 27. Mai bringt u. a. ein Beschäftigungsverbot für Jugendliche und Frauen. Jedoch gilt das Verbot nicht für Malergesellen und Lehrlinge, die das 16. Lebensjahr vollendet haben.

Arbeitsgerichtsbarkeit. Durch Gesetz vom 17. März wurde die Amtsdauer der Richter bei den Arbeitsgerichtsbehörden bis zum 31. Dezember 1930 verlängert.

Arbeitslosenversicherung. Die Verordnung zur Unterstützung von Angestellten und Arbeitern des Tabakgewerbes vom 29. Januar regelt die Sonderunterstützung dieser Gruppen, sofern sie infolge des Tabaksteuergesetzes vom 22. Dezember 1929 arbeitslos wurden oder durch Kurzarbeit geschädigt sind. Auch die Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen vom 1. Dezember 1930 enthält eine solche Regelung infolge der neuerlichen Tabaksteuererhöhung. Im Gesetz zur Vorbereitung der Finanzreform vom 28. April werden die Reichszuschüsse für 1930 auf 150 Millionen umgrenzt und Maßnahmen getroffen für den Fall, daß die Einnahmen der Reichsanstalt einschließlich der Reichszuschüsse nicht ausreichen. Die berichtigte Notverordnung vom 26. Juli brachte die bekannten einschneidenden Änderungen an der Arbeitslosenversicherung, dazu die Beitrags-erhöhung von 3/4 auf 1/2 Proz. Durch Verordnung vom 30. September tritt dann eine weitere Erhöhung des Beitrages auf 6/4 Proz. in Kraft. In schärferer Form wird die Krisenflurloge durch eine Verordnung und einen Erlaß vom 11. Oktober eingeschränkt. Die allerneueste Notverordnung vom 1. Dezember bringt dann in wenigen Punkten eine Abschwächung der Bestimmungen der Juli-Notverordnung. Die Kurzarbeiterunterstützung war bis 31. März 1930 befristet, durch Verordnung vom 31. März gilt sie ohne Fristbeschränkung. Durch Verordnung vom 30. Oktober wurde die Kurzarbeiterunterstützung infolgedessen abgeändert, daß die Wartezeit auch von dem überwiegenen Teil der Betriebs- und Abteilungsbelegschaft erfüllt werden kann. Unterm 17. September wurden Richtlinien erlassen zur Förderung der Arbeitsaufnahme und zur Durchführung beruflicher Bildungsmaßnahmen für Arbeitslose. Eine Verordnung vom 18. Oktober regelt die Versicherung von Hausgewerbetreibenden und Heimarbeitern und die vom 23. Oktober die Versicherung der unfähig beschäftigten Hafenarbeiter. Durch Erlaß vom 2. Dezember wurde der Beginn der berufsunfähigen Arbeitslosigkeit nach dem WABG für den Winter 1930/31 auf den 15. Dezember festgesetzt.

Krankenversicherung. Die Notverordnung vom 26. Juli brachte die allbekanntesten einschneidenden neuen Vorschriften zur Krankenkassenversicherung, darunter die Krankenkassengebühr und den Arzneikostenbeitrag. Die Dezember-Notverordnung enthielt demgegenüber die Befreiung von diesen Gebühren für Arbeitslose, Sozialrentner, Schwerbeschädigte und Schwerverletzte sowie in bestimmten Fällen auch für Tuberkulöse und Geschlechtskranke. Die letztere Verordnung brachte ferner für die Angestellten den unabhängigen Anspruch auf Gehaltsfortzahlung nach § 63 HGB, 133c GG, und 616 BGB, im Falle der Krankheit.

Unfallversicherung. Änderungen von besonderer Wichtigkeit lagen im Berichtsjahr nicht vor.

Invalidenversicherung. Leistungen und Beiträge blieben unverändert. Andererseits brachte das Gesetz zur Vorbereitung der Finanzreform vom 28. April die Invalidenversicherung aus den Zolleinnahmen (statt bisher jährlich 40 Millionen) nunmehr nur noch 20 Millionen beihilft. In der Juli-Notverordnung wurde die bisher vom Reich der Post für die Auszahlung von Invaliden- und Unfallrenten und den Marktenverlust gewährte Vergütung abgewälzt auf die Träger der Invaliden- und Unfallversicherung. Für die Invalidenversicherung tritt dadurch eine Mehrbelastung von rund 18 Millionen Mark jährlich ein.

Technische Rückschau

Wenn auch der Sinn der Kollegen bei der heutigen Arbeitslosigkeit nicht nach neuen menschenparenden Erfindungen steht, so müssen wir aber trotzdem versuchen, alle technischen Verbesserungen, die im vergangenen Jahr aufgetaucht sind, aufzuzeigen. Eine Vogelstraufpolitik in diesen Dingen würde weder eine Erleichterung der Notlage bringen noch eine Erfindung vermeintlichen können. Die stark begüterten Reichen der Schaffenden müssen durch andre Mittel wieder aufgefrischt werden. Wir haben von jeher jeden technischen Fortschritt in unserm Gewerbe begrüßt, weil durch die Mechanisierung des Arbeitsprozesses die rein physische Arbeit erleichtert wird. Außerdem ist der eigentliche Sinn jeder technischen Verbesserung eine Verbesserung des Produkts. Die weitere Folge sollte natürlich ein größerer Absatz sein; sonst wird die Erfindung nicht zum Segen, sondern zum Fluch der Schaffenden und zum Grab vernünftiger Preisgestaltung.

I. Allgemeine Struktur des Gewerbes

Neben der technischen Entwicklung muß man auch die strukturelle Entwicklung beachten, wenn man die Leistungskapazität des Gewerbes ergründen will. Nach dem Geschäftsbericht der Buchdruckerberufsgenossenschaft über das Jahr 1929 hat die Zahl der Betriebe wieder um 282 zugenommen, wovon allerdings auf die kleinsten Betriebe (bis zwei Personen) etwa 184 entfallen. Die Zahl der mittleren Betriebe ist dagegen teilweise zurückgegangen.

Großbetriebe über 300 Personen wiederum haben sich um sieben vermehrt. Diese Entwicklung zeigt, daß wir im Buchdruckgewerbe noch vor keiner größeren Konzentrationsbewegung stehen. Aus dem Bericht des dritten Untersuchungsausschusses der Enquetekommission über das fernere Schicksal der Klein- und Handwerksbetriebe ist im Gegenteil zu ersehen, daß sich der überwiegende Teil des Handwerks den Lebensbedingungen des Kapitalismus geschildert angepaßt und sich auch in den Industriefakten behauptet und weiter entwickelt hat. Daß das, was hier über das Handwerk im allgemeinen gesagt worden ist, auch auf das Buchdruckgewerbe zutrifft, wird durch das Anwachsen der kleinsten Betriebe um 186 im Jahre 1929 bestätigt. Nach dem Geschäftsbericht der Berufsgenossenschaft für 1929 umfaßt das Druckgewerbe bei 9982 Betrieben 92.104 technischen und 140.720 sonstige Personal, also insgesamt 232.824 Personen. Gegenüber den Zahlen des Jahres 1928 bedeutet dies eine Abnahme von 846 Personen beim technischen Personal und eine Zunahme des andern Personals um 566 Personen. Die Zahl der Handwerker ist von 41.865 auf 41.754 gefallen, während bei den Maschinensehern eine Zunahme von 11.203 auf 11.614 zu verzeichnen ist. Der Zuwachs von 311 Maschinensehern steht auch eine Vermehrung von 679 Sehmännern gegenüber. Auch die Zahl der Drucker hat sich von 19.284 auf 19.598 erhöht. Bei den Seherlehrlingen fiel die Zahl von 14.040 auf 12.990 und bei den Druckerlehrlingen von 6558 auf 6248. Auch die Anzahl der Druckmaschinen hat sich erhöht, wovon die Tiegeldruckpressen den größten Anteil haben. Die Zu-

nahme der Tiegeldruckpressen ist verständlich durch die Beliebtheit der Tiegeldruckautomaten mit ihren hohen Louzengablen. Man sieht hier eine teilweise Umstellung des Maschinenparks auf kleine schnelllaufende Typen. Die Gummidruck-Rotationsmaschinen sind dagegen um 76 zurückgegangen, während sich die Tiefdruckmaschinen vermehren. Die nachstehenden vergleichenden Zahlen geben ein gutes Spiegelbild der gegenwärtigen Leistungskapazität des Gewerbes.

	1929	1928
Buchdruckpressen	23 760	22 908
Tiefdruckpressen	150	119
Gummidruckpressen	670	566
Steindruckpressen	700	618
Rotationsmaschinen	2 353	2 245
Tiefdruckrotationsmaschinen	77	68
Gummidruckrotationsmaschinen	108	154
Tiegeldruckpressen	17 264	16 296
Sehmännern	9 507	8 888
Schneidemaschinen	12 048	11 561

Die vorstehenden Zahlen geben einen guten Einblick über die Struktur des Gewerbes, und jeder Kollege müßte sich eigentlich zur Aufgabe machen, diese Zahlen eingehend durchzudenken, denn sie sind das Fundament, aus dem die erforderlichen Schlüsse für eine vernünftige Gewerdepolitik gezogen werden können.

II. Typographie

Die seit etwa fünf Jahren heimgekehrte typographische Ausdrucksform, die „Neue Typographie“, hat sich im Laufe

Angestelltenversicherung. Leistungen und Beiträge blieben unverändert.

Reichsverzorgung. Die Notverordnung vom 28. Juli entließ Bestimmungen, wodurch erstmalige Anträge auf Verzorgung künftig ausgeschlossen werden und das Rekursverfahren beschränkt wird.

Mieterschutz. Das Gesetz vom 8. März verlängerte die Geltungsdauer des Mieterschutzes bis zum 30. Juni 1931. Nach der Notverordnung vom 1. Dezember ist das Aufhebraufreten des Reichsmietengesetzes und des Mieterschutzes für den 1. April 1930 vorgesehen. Vorbedingung soll allerdings sein, daß bis zu diesem Zeitpunkt ein Gesetz in Kraft tritt, wodurch die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches über die Miete unter sozialen Gesichtspunkten ausgestaltet werden. Die Notverordnung brachte ferner eine weitere Durchführung des Mieterschutzes.

Steuern. Die Zulinoordnung dekretierte eine sogenannte Reichshilfe der Personen des öffentlichen Dienstes in Höhe von 2 1/2 Proz. des Einkommens, ferner eine Aufschlagsteuer und einen Einkommensteuerzuschlag von 5 Proz. für Einkommen von mehr als 8000 M. Sie brachte auch die Ledigensteuer und die samole Bürgersteuer. Die Dezember-Notverordnung besetzte dann für die Beamten die 6 Proz. Gehaltszulage, welche ursprünglich als Steuer figurieren sollte, dafür fällt dann die Reichshilfe fort. Verlängert wurde der Einkommensteuerzuschlag für Einkommen über 8000 M. und die Ledigensteuer bis zum 31. März 1932. Die Bürgersteuer erschien in der gleichen Verordnung in abgeschwächter Form. Weitert werden Arbeitslose, Fürsorgeempfänger, Zusatzrentenempfänger nach dem Reichsversorgungsgesetz sowie Sozialrentner, soweit ihr gesamtes Jahreseinkommen 900 M. nicht übersteigt.

Zivilprozess. Die Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen vom 1. Dezember erhöhte die Wertgrenze für die Zuständigkeit der Arbeitsgerichte in Streitigkeiten über vermögensrechtliche Ansprüche vom 1. April 1931 ab von 500 auf 800 M. Der Mindestbetrag einer Gebühr nach § 7 des Gerichtskostengesetzes erfuhr eine Erhöhung von 0,50 auf 1 M. P. L.

Genossenschaftlicher Rückblick auf 1930

Ein nicht sehr erfreuliches Jahr der Entwicklung. Das von 1930. Überhattet von einer Wirtschaftskrise mit Dauer- und Weltgeltung in einem Ausmaße, wie es die Menschheit noch nie erlebt hat. Verschärfte in Deutschland durch eine jährliche Reparationslast von rund 2000 Millionen Mark Kriegsschulden und durch eine ziellose gegenwärtige nationalsozialistische Propagandapolitik, die dem deutschen Volkvermögen durch Milliardenverlust und Kurssturz mindestens zwei weitere unnütze Milliarden Mark gekostet hat. Dazu eine dauernde Unsicherheit im Wirtschaftsleben des Volkes — wer könnte ernsthaft bezweifeln, daß der 14. September 1930 ein „schwarzer Tag“ in der Wirtschaft und Politik des deutschen Volkes gewesen ist. Seine dritte Niederlage seit dem Verlust des Krieges und der Inflation, welche beiden Tiefpunkten wahrlich genug Wirtschaftskrisen- und Nervenkraft gekostet haben, um den Wunsch nach Stetigkeit der deutschen Politik und Wirtschaft als notwendig und berechtigt erscheinen zu lassen.

Wer wenn diese elementare Schicksalserziehung des deutschen Volkes nicht eine erdrückende Mehrheit, vor allem der Arbeiter, Angestellten und Beamten, zur Gegenwehr gegen die destruktiven Kräfte der sogenannten Nationalsozialisten entwickelt, dann wird auch die letzte Schicksalsstunde kommen, wo es, vergeblich an seine Brust schlagend, auf den Trümmern seiner Kultur wird liegen müssen: „Mea culpa, mea maxima culpa“. Und das Ausland wird ihm antworten: „Tu Pa voulu, George Daubin!“ Armer George Daubin! Armes deutsches Volk!

Ein kleiner Silberstreifen am Horizont. Die deutsche Konsumgenossenschaftliche Bewegung ist noch nicht in den allgemeinen Wirtschaftskrieg hineingezogen worden. Sie hat sogar noch Fortschritte gemacht. Insbesondere ist

ihre Mitgliederzahl auf nahezu vier Millionen Familien gewachsen und der Warenumsatz hat sich „gehalten“. Er mag für 1930, worüber endgültige Zahlen noch nicht vorliegen die rund 1 1/2 Milliarden Mark des Vorjahres wertmäßig nicht ganz erreichen. Doch wird der Durchschnittsumsatz pro Mitgliedfamilie, welcher bei der Jahresbilanz 1929 auf schätzungsweise 400 M. berechnet wurde, aber nach der Statistik des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine auf 411 M. gestiegen war, im Jahre 1930 eine weitere Zunahme erfahren haben. Die Zunahme des Durchschnittsumsatzes je Mitgliedfamilie hat die Bedeutung, daß die graulame wirtschaftliche Not mit einer Arbeitslosigkeit von heute wohl vier Millionen Menschen auch die Einsicht mehr und mehr in die Körper und Geldbeutel hämmert, daß die Konsumgenossenschaftliche Selbsthilfe denn doch nicht ganz „für die Katz“ ist.

Mit der Schädigung dieser immerhin noch erfreulichen Entwicklungslagen in der Konsumgenossenschaftsbewegung Deutschlands ist man leider auch am Ende des kurzen Silberstreifens angelangt, den man mit dem noch verbliebenen Stillen Optimismus festhalten kann, während die Hoffnungen ja überhaupt nur noch „grau in grau“ malen können. Was häufig auch von der — Schutzbrille kommen soll.

Inbes: Staatspolitik und genossenschaftliche Selbsthilfe — das ist doch ein Bild, das vom Jahr 1930 für die Konsumgenossenschaftliche Bewegung nur „grau in grau“ gemalt und eine deutliche Illustration des Gesellschaftlichen Wortes im „Kauf“ ist: „Kernunft wird Unfinn — Wohlstand Plage!“ Denn eine mit gesundem Menschenverstand betriebene Staatspolitik müßte in solchen Zeiten schwersten wirtschaftlichen Niedergangs alle wirtschaftlichen Hilfselemente zum Widerstand gegen das dauernde Abwärtsgehen der Wirtschaft aufstufen und — stärken. Stärken? — Wer laßt das? Das Zündholzmonopolgesetz mit seiner Höchstbelastung der Konsumgenossenschaftlichen Eigenproduktion bedeutet den Sieg der hochkapitalistischen Trustpolitik, aber keine Förderung wirtschaftlicher Widerstandskräfte; die Sondierung der Kaufkraft für Konsumgenossenschaften mit über einer Million Mark Jahresumsatz eine ausnahmeweisliche Schöpfung der genossenschaftlich organisierten Verbraucher um jährlich 10 Millionen Mark, die Lohnsummensteuer im Thüringischen mit 6 Proz. von 100 M. Lohn bei genossenschaftlichen Unternehmen mit über 300 000 M. Jahresumsatz eine nationalsozialistische Experimentierpolitik des „Dritten Reiches“ auf Kosten armer Heimarbeiter der Thüringer Waldbörfer; die neue Fiktivsteuer im Steuervereinfachungsgesetz mit 20 Proz. Gewerbesteuerzuschlag, welche in erster Linie die auswärtigen Verteilungstellen der Konsumgenossenschaften belastet — diese ganze Staatspolitik gegen die Konsumgenossenschaften stellt einen wirtschaftspolitischen Standal von ungläublichem Ausmaße dar. Einen Standal, der getrübt ist durch die Parole von „Preisabbau“ nach voran-gangener Erhöhung der Zölle auf wichtige Lebensmittel und steuerlicher Bedrückung der Konsumgenossenschaften. Man möchte Kaputte schleudern auf den Bahnsinn, der Wohlstand zur Plage macht.

Aber damit noch nicht genug. Denn an Stelle des Silberstreifens am Horizont erschien mit dem 14. September das blutige Sakentzeug, das Zeichen einer „sozialistischen Arbeiterpartei“ — man könnte blutige Tränen lassen! — das Arm in Arm mit der Wirtschaftspartei den Konsumgenossenschaften die „Ausrottung“ ankündigt und, wie schon gezeigt, in Thüringen auch schon das erste Bedürfnis seiner steuerlichen Erbrockelungspolitik mit Glanz und Gloria gezeigt hat. „Kernunft wird Unfinn, Wohlstand Plage!“ — die Nationalsozialisten haben das Parallelstück für Kaufmenschen These geliefert.

Es sind also schwerste politische — nicht wirtschaftliche oder organisatorische — Gefahren am Ende des Jahres 1930 für die deutsche Konsumgenossenschaftliche Bewegung aufgetreten, denen gegenüber nur noch die Hoffnung besteht, daß härteste und radikalste Aktivität aller vorhandenen Gegenkräfte den

Teufelspuk mit der Lügenfirma einer „sozialistischen Arbeiterpartei“ in den Drusus jagt.

Alle Mann an Bord! — ein Wort, das auch für die millionenföppigen genossenschaftlichen Verbrauchervereinigungen gilt, die seit 1924 im Wiederaufliegen ihrer Wirksamkeit stehen, nun aber von der politischen Seite her bedroht sind, wie nie zuvor.

Einen wirklichen Lichtblick in den Geschehnissen des Jahres 1930 bietet der im Juni abgehaltene Internationaler Genossenschafts-Kongress zu Wien, der 180 000 Genossenschaften aus 39 Ländern der Welt repräsentierte mit über 100 Landesorganisationen und 55 bis 60 Millionen Mitgliederfamilien, deren Eigenkapital mit 17 Milliarden Mark besetzt ist. Wenn man beachtet, daß das gesamte deutsche Aktienkapital rund 22 Milliarden Mark beträgt, so erkennt man die finanzielle Bedeutung der Konsumgenossenschaftlichen Kapitalkonzentration aus den Millionen Kleintanlägen. Eine volkswirtschaftlich bewundernswerte Sache, die auch stärkere Hoffnung dafür gibt, daß die deutsche Genossenschaftsbewegung vielleicht einmal in ihren schwersten Zeiten Rat und Hilfe in ihrer Internationale findet, von der sie einen bedeutenden Bestandteil bildet und die mit wachsender Beforgnis und Entsetzen sieht, wie in Deutschland, dem sogenannten Mutterlande aller Organisationen, die Konsumgenossenschaftliche mithandelt, schikanisiert und bedroht ist von Parteien, deren einzige Leistung einmal darin bestehen dürfte, das deutsche Volk mit radikaler Verteuerung von neuem dem Abgrund zu getrieben zu haben. Daß Gott erbarm!

Und noch ein — Silberstreifen. Das ist die deutsche Landwirtschaftliche Genossenschaftsbewegung, die sich im Juni 1930 auf ihrem Stuttgarter Genossenschaftstag zu einem Einheitsverband organisiert hat, der 37 Landes- und Provinzialverbände mit 12 Zentralgeschäftsanstalten mit rund 37 000 Genossenschaften und 4 Millionen Mitgliedern umfaßt. Er ist der stärkste Genossenschaftsverband neben dem Zentralverband deutscher Konsumvereine, und seine finanzielle und wirtschaftliche Reichweite manifestiert sich in Höchstzahlen des Geld- und Warenverkehrs: 20 1/2 Milliarden Mark Geldverkehr, 168 Millionen Zentner Warenumsatz, 2000 Millionen Mark Spareinlagen — die Not der Landwirtschaft mag davon unberührt bleiben, aber zu denken geben diese Zahlen doch. Und wenn ein schließlicher Junker und Graf auf dem Stuttgarter Genossenschaftstage meinte, vom „Osten“ sei keine Mark Spareinlagen dabei, so kann dies darin erklärbar sein, daß der sehr ehrenwerte und ebenso offenkundige Graf erklärte, warum man Millionen und Milliarden — ins Ausland verführt! Die Not der Landwirtschaft in allen Ehren — aber sie scheint beim Großgrundbesitzer größer zu sein, als beim kleinen Bäuerlein. Deshalb er auch am stärksten schreit und — die höchsten Zölle bekommt.

Abgegeben davon: die Rationalisierung der Landwirtschaft ist auf Gedeih und Verderb mit großen Verbrauchervereinigungen schicksalverbunden, weshalb von ihnen gen die günstige Entwicklung der Genossenschaftsorganisationen des Bruders von der grünen Front gebührt wird. Vielleicht trägt auch diese Interessengemeinschaft, wie die mit den Gewerkschaften, als den Brüdern von der Arbeitsfront, den Wirtschafts- und politischen Forderungen für die das Schicksal des deutschen Volkes entscheidenden Bevölkerungsgruppen in ihrem Schöße.

Der Rückblick auf das Jahr 1930 ist bitter getönt. Aber er sieht die Dinge, wie sie liegen. Und verbindet doch damit die sichere Hoffnung, daß es auch wieder ein starkes Aufwärts und Vorwärts gibt, wenn die reichen Arbeits- und Wirtschaftskräfte im Genossenschaftswesen der Verbraucher wissen, worum es geht. Um ihre Sache.

Stuttgart. Franz Feuerstein.

der Zeit so geklärt, daß ihre Grundelemente heute kaum mehr sichtbar sind. Darüber braucht man sich eigentlich nicht zu wundern, denn jeder Einsichtige hat ja gewußt, daß die dem Dadaismus entlehnte Form auf die Dauer dem gesunden Kunstempfinden nicht standhalten konnte. Das, was wir im Rückblick 1929 voraus sagten, ist in der Hauptsache schon eingetroffen. Man empfindet schon sehr stark die konstruktivistische Schmutzlosigkeit und auch die Grotesk hat man sich schon satt gesehen. Damit soll nun nicht gesagt sein, daß die Experimente mit der Neuen Typographie nutzlos oder wertlos gewesen seien. Im Gegenteil! Durch die asymmetrische Aufstellung hat die Typographie entschieden mehr Leben und Ausdruck bekommen. Auch dem Bewußtsein der Ornamente und der sonstigen Schmuckelemente wird man keine Träne nachweinen. Wir müssen aber versuchen, von reinen Konstruktivismus, der bekanntlich aus Ausland zu uns kam und der geistigen Verfassung dieses Staates entsprach, loszukommen und wieder zur künstlerischen Gestaltung überzugehen. Die Konstruktion des Stoffes auf Grund wissenschaftlicher Erkenntnisse ist gewiß für den Ingenieur eine recht wertvolle und nützliche Erkenntnis, aber mit Kunst hat sie wirklich nichts zu tun. Daß man die Kunst aus dem Gesellschaften der Menschheit ausschalten kann und darf, wird heute wohl kaum einer noch ernsthaft glauben. Auch von der Typographie kann und wird man mit der Zeit wieder mehr verlangen als Wirtschaftlichkeit und Lesbarkeit. Die „funktionelle“ Aufgabe muß wieder der Form weichen, weil sie unter allen Umständen das Primäre bei der Druck-

schaffungsgestaltung ist. Diese Erkenntnis hat schon sehr viel Boden gewonnen, und man kann bereits eine Wandlung, eine langsame Durchdringung des Konstruktivismus, eine „Gestaltung“ beobachten. Wie wäre auch sonst die widerstandslose Aufnahme der von Paul Kerner gezeichneten „Futura Black“ zu verstehen? Man kann Dr. Konrad F. Bauer durchaus beipflichten, der in einem Artikel des Thüringischen Jahrbuches 1931 sagt, daß wir einen beträchtlichen Schritt weiter gekommen sind und daß es an der Zeit sei, die abstrakte Malerei als Grundlage der werdenden Typographie anzuerkennen, denn die typographische Form ist abstrakte Form und ihre Wirkungen gehen von denselben Spannungen und Beziehungen der Formelemente aus, auf denen die höchste Wirkung eines abstrakten Kunstwerkes beruht. Die im Gang befindliche Auflockerung muß wieder zur Gestaltung führen. Man lese außerdem „Jan Tschichold: Eine Stunde Druckgestaltung“ und man wird überrascht sein, wie sich dieser in unsern Kreisen geschätzte Graphiker in seinen Ausführungen über die Grundbegriffe der „Neuen Typographie“ geäußert hat. Er vertritt jetzt den Standpunkt, daß man bei jeder typographischen Arbeit zwei Teilaufgaben unterscheiden kann: Erkennen und Erfüllen praktischer Forderungen und die optische Gestaltung, die eine Frage der Ästhetik ist. Der Unterschied zwischen Malerei und Typographie ist nur, daß in der Malerei die Elemente freier Wahl anheimgestellt sind und daß entscheidende Gebilde keine praktischen Zwecke verfolgen. Der Typograph kann daher nichts Besseres tun, als sich besonders intensiv mit dem Studium

der Flächen-gestaltung an Hand der abstrakten Malerei zu beschäftigen. Zur Erziehung einer typographischen Gestaltung können z. B. alle historischen und nicht-historischen Schriften, alle Arten der Flächen-gliederung und alle Zeilenrichtungen angewandt werden. Ziel allein ist die Gestaltung: Zweckmäßigkeit und schöpferische Ordnung der Elemente. Daher sind Grenzen, wie die Forderung nach „Einheit und Schrift“, zulässig und „verbotene“ Schriftmischungen, nicht gezogen. Auch ist es verfehlt, etwa „Kauf“ der Erscheinung allein als Ziel der Gestaltung aufzustellen — es gibt auch gestaltete Anruhe. So weit die erfreuliche Erkenntnis eines der energiegelichsten Vertreter des Konstruktivismus! Von dem „Mißling“ hat man sich bereits befreit und die Schmutzlosigkeit durch die Typographie, die ja nur ein andres optisches Sprachmittel als die Type ist, gehoben. Auch der Zweck muß der Form geopfert werden, denn die Form ist ein Arbeitsergebnis und nicht die Realisierung einer äußerlichen Formvorstellung — sagt Tschichold —, und wir müssen ihm recht geben. Da das Bild am objektivsten wiedergegeben werden kann, verzichtet man besser auf gezeichnete Darstellungen. Man gibt deshalb der Photomontage (in verbesserter Form), dem Typophoto und dem Photogramm den Vorzug. Wer sich die in dem erwähnten Heft von Tschichold (Mademischer Verlag Dr. Fritz Bebelink & Co. in Stuttgart) abgedruckten Bildbeispiele ansieht, wird seine Freude an dem Fortschritt der Typographie haben. Jetzt füllt man wieder Aufwärtsentwicklung. Auch die Schriftgießereien werden wieder aufatmen, daß endlich die Kernunft siegt.

Worauf es ankommt!

Nach den Auslassungen unserer wirtschaftlichen Gegenseite sehen die Prinzipale im Hinblick auf die kommenden Lohnverhandlungen ihre verstärkten Hoffnungen auf ein weiteres Sinken der Indexziffer. Da erscheint es notwendig, mit Nachdruck auf den sehr problematischen Wert dieser Maßziffer für den Arbeiterhaushalt hinzuweisen. Denn einmal werden im Index viele Gegenstände des täglichen Bedarfs nicht berücksichtigt, zum anderen baut er sich im wesentlichen nicht auf den Preisen des täglichen Lebens auf. Für die Lebenshaltungskosten des Arbeiters kommen nur die Kleinhandelspreise in Betracht, die er als der Letzte in der Kette der Verbraucher bezahlen muß. Genau so wenig, wie die mehrfachen Diskontierungen der Reichsbank im vergangenen Jahre eine Verbilligung des Zinsfußes nach sich zogen, haben sich die nachgebenden Großhandelspreise im Kleinhandel ausgewirkt. Das Gegenteil ist bis jetzt der Fall. Für eine Reihe wichtiger Lebensmittel (Zucker, Eier, Fleisch, Butter) liegen die Preise unter Berücksichtigung der Kaufkraft unseres Geldes erheblich über den Weltmarktpreisen.

Die tatsächlichen Verhältnisse müssen darin gekennzeichnet werden, daß der sogenannte „notleidende“ Mittelstand sich mit allen Mitteln einer Preislenkung widersetzt nach dem Motto: „Der Preis muß stehen, wenn der Lohn auch fällt!“ Ein Schulbeispiel hierfür ereignete sich am hiesigen Orte in einer beschließenden Sitzung zwecks Senkung des Brotpreises. Dort gelang es den Bäckern, infolge einer verschommenen Anstoßberechnung statt einer Verbilligung eine Erhöhung um 1/4 Pfennig je Pfund für das am meisten verkunsumte Brot zu erreichen. Die Behörde sah sich veranlaßt, nach einigen Tagen amtlich der Bevölkerung Kenntnis von diesem wahren Sachverhalt zu geben. Die Fleischer erklärten barh, eine Preislenkung komme für sie nicht in Frage, die Bevölkerung solle zum Verbrauch einer minderwertigen Qualität übergehen.

Überhaupt leiden wir hier in Vorpommern an übersteigerten Preisen, hervorgerufen durch die Badoerte Küngen und des Festlandes, und zwar nicht nur in der Saison, sondern während des ganzen Jahres. Ähnlich wird es auch in diesen andern Gegenden Deutschlands mit Bädereverehr liegen. Deshalb hat die Reichsindexziffer für den Verbraucher nur theoretischen Wert. Unter solchen Umständen das Einkommen der Gehilfen zu reduzieren, muß von diesen als brutales Lohnraub empfunden werden. Der Schlichter muß mit größter Eindringlichkeit auf diese Verhältnisse aufmerksam gemacht und ihm bewiesen werden, daß für den Arbeiterhaushalt nicht die Großhandelspreise, sondern einzig und allein die Kleinhandelspreise ins Gewicht fallen. Und diese stehen fest wie Deutschlands Eisen!

Stralsund.

G. S.

Korrespondenzen

O. D. Berlin. In der sehr stark besuchten Generalversammlung am 17. Dezember erfaßte zweiter Gauvorsteher Albrecht den Jahresbericht, in dem sich die mit unerminderter Schärfe fortbestehende Krise im Berliner Buchdruckgewerbe widerspiegelte. Eraten wir in das Jahr 1930 schon mit einer Arbeitslosigkeit von 1076 Kollegen ein, so steigerte sich diese gegen Ende des Jahres auf 3640. Entsprechend dieser hohen Konstitutionslosigkeit waren auch die finanziellen Aufwendungen der Gaukasse. Für die seit dem September 1929 eingeführte Mietbeihilfe an Ausgesteuerte wurden allein 297 025 M. verausgabt. Der Mitgliederbestand beträgt bei einer Zunahme von 194 Kollegen 16 178. Die Lehrlingsabteilung weist bei einem Stande von 1966 eine Abnahme von etwa 80 Lehrlingen auf, welcher Rückgang in der Hauptsache auf den sich allmählich auswirkenden Geburtenrückgang zurückzuführen ist. Die Lohnabbaubestrebungen der Berliner Prinzipale konnten in dem Vorstand gemeldet 39 Fällen, die hauptsächlich kleinere Firmen betrafen, fast reißend abgewiesen werden. Die vom Verbandsvorstand verfassten Fragebogen zur Lohnstatistik wurden in Berlin von 11 214 Kollegen aus 426 Betrieben beantwortet. Im Berechnen arbeiten hier von 273 Handwerker = 2,4 Proz. und 389 Maschinenseher = 3,5 Proz. Ein glänzendes Er-

gebnis zeitigte die Weihnachtsammlung für unsere arbeitslosen, kranken, invaliden und durchreisenden Kollegen. Zu dem Gesamtergebnis von 51 908,05 M. trug sie bei, um nur einige zu nennen: Uffken 7261,40 M., Mollen 3511,20 M., Scher 3227,50 M., Vorwärts 2900,30 M., Reichsbilderei 2109 M., Verbandsvorstand und Redaktion 2044,90 M., Gauverwaltung 1644,30 M., S. S. Hermann 1716 M., Eisler 1419,75 M., Grete 232 M., davon 38 Maschinenseher 49 M., Beere Witten kamen zurück von der Friedrichshof-Druckerei („Rote Fahne“), Webers Buchdruckerei, Baumann & Bajedow, Bachmann & Goebel, Sicilia, Rudolf Herzog, Brassard & Eichstädt, Gebr. Horn, W. Wagner, Hinz-Fabrik, Corbs u. a. Kollege Albrecht wies dann noch auf die Zerpfitterungsstendenz der RWD hin, deren Gründung bisher immer als Schwindel bezeichnet wurde, während das Gegenteil heute klar zutage trete. Er warnte nochmals vor der Teilnahme an den Kongressen der RWD, da gegen diese Kollegen entgegen der bisher von der Organisation gelübten Langmut mit statutarischen Mitteln vorgegangen werden muß, und appellierte zum Schluß unter lebhaftem Beifall an die Einigkeit der Kollegenschaft. In der Diskussion zum Vorstandsbericht, zu der antragsgemäß die Redezeit auf zehn Minuten beschränkt wurde, montierte Engemeier, daß in diesem nicht auf die Lohnverhandlungen eingegangen worden ist. Die Maschinenseher würden einen unangenehmen Schiedspruch ablehnen. Er forderte die übrigen Kollegen auf, den Kampf aufzunehmen und nicht zu unwürdigen Bedingungen zu arbeiten. Er verlas eine Resolution zu den Lohnverhandlungen, die in einer Versammlung des Brandenburgischen Maschinenseher-Vereins angenommen wurde. Der nächste Redner, Kollege Bachtke, betonte, daß die Buchdrucker wegen ihres günstigen Organisationsverhältnisses bei den Lohnverhandlungen eine große Verantwortung übernehmen. Unter förmlichem Protest behauptete er, daß die Führung der Kollegenschaft bei Paß & Garbe in den Händen der SPD. liege und machte in dieser Verbindung einem Kollegen den Vorwurf, Tausende von Marx unterzulegen zu haben, wofür behauptungswürdig die Aufforderung des Kollegen Schöffler dahin abänderte, daß er keinen Buchdrucker, sondern einen Hilfsarbeiter meine. Dem Redner wurde nach Abstimmung der Versammlung das Wort entzogen. Wiegand anerkannte die Bemühungen des Gauvorstandes um die Meisterung der aufgetretenen Schwierigkeiten und behauptete, daß durch die verheerende Tätigkeit der RWD nicht nur die Kollegen in Mitleidenhaftigkeit gezogen werden, sondern diese zerfallenden Tendenzen auch in die Reihen der Lehrlingsabteilung getragen werden. Er empfahl der Generalversammlung folgende Entschlüsse: „Die am 17. Dezember 1930 im Gewerkschaftsraum tagende Generalversammlung des Vereins Berliner Buchdrucker und Schriftgießer spricht dem Gauvorstand für die im Geschäftsjahr 1930 geleistete Tätigkeit ihre Anerkennung aus.“ „Lob e begründet das Ergebnis der Weihnachtsmüllungen und verurteilt das Verhalten derjenigen Kollegen, die sich hierupon ausschloßen. Den Agenten der RWD, die heute in Erwartung eines Kampfes ihre Karte bei uns abgaben, bedeutet er, daß wir nicht gesonnen sind, die Organisation zum Tummelplatz ihrer Tiraden werden zu lassen. Eigner verteidigte die Haltung der Opposition und wandte sich gegen das Schlichtungsweien. Er empfahl die Annahme einer dementsprechenden Resolution. Reihmann nahm sich warm der Jugend an und forderte die Kollegen auf, sich mehr als bisher mit der Pflege der Jugendlichen zu befassen und sie zum Sozialismus zu erziehen. Alfred Schulze lobte die Tätigkeit des Gauvorstandes in Bezug auf den Lohnabbau ohne Hilfe der RWD und ist der Meinung, daß der Vorstand gegen letztere nicht scharf genug vorgegangen sei. Er verlas in diesem Zusammenhange ein Flugblatt des Druckers Mahlow mit dessen Unterschrift, der sich damit außerhalb unserer Reihen gestellt habe. Die von Engemeier eingebrachte Resolution dürfte nicht unbeliebt angenommen werden. In seinem Schlusswort wandte sich Albrecht gegen die Resolution Bachtke und wies nach, daß auch heute noch das Schlichtungsweien für gewisse Organisationskreise unentbehrlich ist. Redner gab dann noch bekannt, daß wegen Zusammenlegung der Betriebe und Abgang eines großen Auftrages der Feuerbetrieb einen Antrag auf teilweise Betriebsstilllegung gestellt habe. Von dem dort beschäftigten 170 Personen sollen 50 Personen (Buchdrucker und Hilfsarbeiter) entlassen werden. (Wo bleibt hier der Kampfausschuß?) Nachdem noch Kollege Sommer im Auftrag der überprozent Mehrheit der arbeitslosen Kollegen den Dank für die bei den Sammlungen zur Weihnachtsunterstützung bewiesene Solidarität ausgesprochen hatte, wurde in der Abstimmung die

Resolution Wiegand gegen zehn Stimmen angenommen, die Resolution Eigner-Bachtke gegen zwölf Stimmen abgelehnt. Anwesend waren in der Versammlung 726 Delegierte. Engemeier konstatierte, daß über die Resolution des Brandenburgischen Maschinenseher-Vereins nicht abgestimmt worden ist und verwarf sie gegen die Zustimmung, daß er in den Sammlungen nicht beteiligt war; er habe als Klassenkämpfer für die Arbeitslosen immer noch etwas übrig. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung, Beschlußfassung über die Anträge auf Änderung der Satzungen, sprach Lässig für die Anträge der Opposition und bezeichnete die Anträge des Kollegen Alfred Schulze und des Gauvorstandes als letzte Reste der Demokratie. Da Redner andauernd vom Thema abwich, wurde er vom Vorsitzenden mehrmals unterbrochen, er behauptete unter großer Anruhe der Versammlung, daß der Antrag, wonach bei Wahlen zur Unterstützung der Kandidaten mindestens ein Drittel der Anwesenden erforderlich ist, aus der Angst vor der Opposition geboren sei (siehe obiges Abstimmungsereignis). Nachdem Kollege Alfred Schulze seine Anträge einzeln begründet hatte, kritisierte Pletsch einige Anträge der Opposition, die teilweise den Verbandsstatuten und den Richtlinien des DGB. widersprächen, und beifüllte die Annahme der Anträge Schulze und des Gauvorstandes. Nachdem ein Antrag des Kollegen Rostoff, über die Anträge Schulze und des Gauvorstandes en bloc abzustimmen, angenommen war, wurden letztere Anträge gegen zwölf Stimmen angenommen. Ein weiterer Antrag der Kollegen Schulze, Wunderlich und Wigel forderte: „Die Generalversammlung beschließt: Die von der Generalversammlung angenommenen Satzungsänderungen treten sofort in Kraft.“ Bachtke kritisierte diesen Antrag mit dem Bemerkten, daß die Opposition zur Zeit noch nicht über ein Drittel der Stimmen verfüge. Auch dieser Antrag wurde gegen zwölf Stimmen angenommen. Zum Punkt 3 der Tagesordnung: Wahl des Gauvorstandes, beantragte Alfred Schulze Wiederwahl des engeren Vorstandes en bloc. Rostoff schlug im Auftrag der Opposition sechs Gegenkandidaten vor. In der Abstimmung wurde der bisherige Vorstand, bestehend aus den Kollegen Braun, erster Vorsitzender, Albrecht, zweiter Vorsitzender, und Schöffler, Kollitzer, gegen wenige Stimmen wiedergewählt, ebenso die Sekretäre Pletsch, Buchles und Borh. Bei dieser Gelegenheit bedachte Albrecht mit warmen Worten der 25jährigen Tätigkeit ihres Gauvorstandes Kollegen Braun als Mitglied des Gauvorstandes und sprach ihm hierfür unter lebhaftem Beifall der Generalversammlung den Dank der Kollegenschaft aus. Ebenfalls dankte Albrecht dem auscheidenden Kollegen Reiche, der lange Jahre als Vertreter der Schriftgießer dem Gauvorstand angehört. Gegen wenige Stimmen wurden die Bibliothekskommission und die Revisionskommission wiedergewählt, in die letztere für einen auscheidenden Kollegen Kollege Mufchow neu. Mit der gleichen Mehrheit erfolgte die Bestätigung der Bezirksleiter und der Büroangestellten. Bei der Bestätigung der Spartenvertreter setzte eine lebhafte Debatte ein. Schulze verlangte von Engemeier, der als Vorsitzender der Maschinenseher einstimmig von seinen Kollegen zum Vertreter im Gauvorstand gewählt war, eine Erklärung über seine Stellungnahme zu unsern Statuten und zur RWD, was von Engemeier entriest abgelehnt wurde. Kollege Schöffler verlangte von Engemeier ebenfalls eine klare Stellungnahme zur RWD-Frage, was dieser erneut mit dem Bemerkten ablehnte, daß die von ihm verlangte Erklärung, die er übrigens schon in der Maschinenseher-Versammlung abgegeben habe, eine Beleidigung der SPD-Kollegen wäre, die ihn ja auch gewähnt hätte. Die Bestätigung der Kollegen Borh, Krux, Köpcke, Luge und Pletsch erfolgte gegen wenige Stimmen; Kollege Engemeier wurde gegen eine starke Minderheit bestätigt. Die Bewilligung der Remuneration für die Schriftführer und den Vorsitzenden des Schiedsgerichts erfolgte fast einstimmig. Zur Abstimmung standen folgende Auswählter: Walter Lichtenberg nach 8 10c, Otto Ege, Alfred Weiß, Heinrich Kuntze nach 8 10a und b und Rudolf Schimmel nach 8 10a. Die Auswählter erfolgten in einzelner Abstimmung mit großer Mehrheit. Auf Vorschlag des Vorstandes wurden dem Bildungsverband 3000 M. und dem Hoffbandsfonds 5000 M. bewilligt. Der Schluß der Versammlung eröffnete Kollege Braun und berichtete kurz über das Ergebnis der Lohnverhandlungen, das von der Generalversammlung ohne Debatte entgegen-

genommen wurde.
Bremen. (Sanderher.) Im Rahmen der Arbeitsgemeinschaft der Sparten und des Bildungsverbandes hatte die hiesige Vereinigung am 6. Dezember einen Vortrag des Hauptgeschäftsführers Alfred Faust der „Bremer

Klingspor brachte als Ergänzung die Leichte Kabelekurzio und die Schmale Kabeleheraus. Die Kabelekurzio umfaßt also: Leichte, grobe, fetts, schmale, schmale halbfette und die Zeppelin. Die Familie der Koch-Antiqua ist durch die Große Koch-Antiqua-Kurzio als vierte Garnitur ergänzt worden. Ferner wurde noch die von Hans Bohn gezeichnete „Erplid“ zu erwähnen. Es ist eine Versalschrift mit plastisch gezeichnetem Bild. Ludwig & Mayer bringen als Ergänzung zur Erbar-Grotesk noch die Halbsetze heraus, wodurch die schon weit ausgebauten Schriftfamilien noch einen weiteren wirkungsvollen Zuwachs erfährt. Auch die „Moto“, deren Grundformen von der Ägyptenreise ausgehen, ist ein guter Griff. Die breite und die schmale halbfette Schafepare-Medieval sind eine Ergänzung der von Schelter & Giesele früher herausgegebenen Schafepare-Medieval. Zur Belwe-Antiqua sind noch leichte Großbuchstaben von kräftigem und strengem Duktus geschaffen worden, die sich als Werbeschrift und Auszeichnungstypus eignen. Außerdem haben Schelter & Giesele noch die von Jan Tischold entworfene „Saskia“, eine Kurzio von ganz eigenartigem Reiz und großer Eleganz, herausgebracht. Die „Magera Munusantiqua“ von W. Schwerdtner der D. Stempel AG. ist eine glückliche Mischung von Medieval und Grotesk. Die Formen sind trotz der bewegten Linien einheitlich. Diese Schrift hat übrigens ihre Brauchbarkeit auch als Werkschrift im Gutenberg-Jahrbuch 1930 erwiesen. Außerdem ist hierzu auch bereits ein halbfetter Schnitt vorhanden. Als letzte Versalschrift wurde die „Fortuna“

von J. D. Trenner & Sohn gegossen. Die Formen dieser Schrift sind zart und schön, so daß sie als Abzugschrift gute Verwendung finden kann. Zu der Trenner-Antiqua ist als Ergänzung noch die Fette Trenner-Kurzio gefestigt worden, die ohne Überhänge ist und sich auch gut als Werbeschrift eignen wird. Zur Deutsch-Römisch entwarf Professor Schneider noch eine fetts Garnitur. Bei der gleichen Gießerei (C. G. Weber, Stuttgart) ist auch noch die „Kontraff“, eine wirksame Auszeichnungsschrift, herausgekommen. Auch die Woellmerische Gießerei war wieder sehr tätig. Sie brachte die „Fette Parlaments-Antiqua“ und die „Stafette“ heraus, die als eine Abwandlung der fetten Parlaments-Antiqua mit größeren Überlängen zu bezeichnen ist. Als Anzeigen- und Werbeschrift ausgezeichnet! Auch die „Fette Jabel-Antiqua“ ist eine gute Ergänzung der von Lucian Jabel entworfenen eleganten Jabel-Antiqua. Benjamin Krebs Nachfolger brachte als Ergänzungen zur Kiedinger-Medieval noch eine halbfette und eine kursive Garnitur heraus. Bei der Schriftguss AG, Dresden, kam als Ergänzung zur „Minifer-Antiqua“ noch ein halbfetter Schnitt und die „Minifer-Zirkular“ sowie die „Citro“ (Negativ-Versalschrift von matter Wirkung) heraus. Die „Super-Grotesk“ derselben Firma erschien in einem mageren und einem halbfetten Schnitt. Die Weynd-Werke und die Weynd-Gotisch sind gute Ergänzungen zur Weynd-Gotisch. (Fortsetzung folgt.)

III. Neue Schriften
Man muß es den Schriftgießern lassen, daß sie mit Lust und Verständnis sich dem jeweiligen Geschmack anpassen wissen. Allerdings muß man sich wundern, wer die vielen und zum größten Teil auch schönen Schriften bei der heutigen schlechten Wirtschaftslage kaufen soll. Daß auf diesem Gebiet eine Überproduktion vorliegt, unterliegt gar keinem Zweifel. Die Groteskschriften sind auch in diesem Jahr wieder in der Hauptsache an den Neuschnitten beteiligt. Auch der sich abmindernden „Auflockerung“ hat man bereits durch entsprechende Schriftschnitte Rechnung getragen. Da es bei der großen Zahl der Neuschnitten für den einzelnen fast unmöglich ist, sich einen Überblick zu verschaffen, werden wir versuchen, wenigstens einen Teil der Schriftneheiten zu vermitteln. Zunächst sei auf die Ergänzungen der Futura der Bauerischen Gießerei: Schmalsetze, dreiviertelsetze, schräg-magere und schräg-halbfette hingewiesen. Außerdem hat die gleiche Firma als Ergänzung zur zarten Bernhard-Antiqua die fetts „Lucian“ herausgebracht. Die „Berthold-Grotesk“ ist auf der Grundlage einer älteren Type der Firma ausgearbeitet worden. Es ist eine gute und schlichte Schrift, deren Wirkung in dem von Professor Trupp ausgearbeiteten Probeheft bestens zur Geltung kommt. Hans Wöhling zeichnete für Gensh & Heise die „Hahlanz“, die die klare Wirkung der Antiqua mit optischen Vorzügen verbindet, während Albert Wagners eine Schreibschrift zeichnete, die zwar keine direkten Anklänge besitzt, aber doch den Eindruck zusammenhängender Wortbilder erweckt. Gebrüder

Volkszeitung über „Entstehung und Wesen des Faschismus und des Nationalsozialismus“ angelegt. Zu diesem Vortrag war die gesamte Kollegenschaft mit ihren Damen eingeladen, und die Versammlung wies deshalb einen sehr guten Besuch auf. Nach der Eröffnung durch den Vorsitzenden **H. Arning** brachte der Kollegengelenkverein „Gutenberg“ als Einleitung zwei mit Beifall aufgenommene Vieder zum Vortrag. In einem fast zweistündigen Referat behandelte hierauf der Referent Ursachen und Ausschöpfung des Faschismus in Italien und verknüpfte hiermit die Entwicklung und das starke Anwachsen des Nationalsozialismus in Deutschland. Alle Gefahren und Beschleuniger, die eintreten würden beim Werden des Dritten Reiches, wurden vom Vortragenden der Versammlung vor Augen geführt. Bedauerlich sei es besonders, daß speziell die Frauen bei jeder Wahl ihre Stimme der Nationalsozialistischen Partei geben, trotzdem im Dritten Reich die Frau kein Wortchen mitzureden hat. Ebenso sei leider bei der letzten Bremer Bürgerchaftswahl am 30. November nur das Ergebnis ein enormer Zuwachs an Stimmen bei den Nationalsozialisten. An einigen Vergleichen und Beispielen verstand es der Referent, klarzumachen, mit welchen Mitteln diese Partei versucht, die Macht in Deutschland an sich zu reißen. Unstre höchste Aufgabe und Pflicht sei es, dem werdenden Faschismus im Reich entgegenzutreten und für die Haltung und den Schutz der Demokratie einzustehen, um ihr Fundament noch zu verstärken. Die Ausführungen fanden lebhaften Beifall. Mit dem Dank an den Referenten und den Gelingenverein „Gutenberg“ forderte der Vorsitzende zum Schluß auf, auch den kommenden Versammlungen das gleiche Interesse entgegenzubringen. — **Kabiolanzert** und noch einige Lieber-vorträge untes Kollegengelenkvereins hielten die Versammlungsteilnehmer noch einige Stunden zusammen.

Burgstädt (Sa.). Eine außerordentliche Versammlung unrer Mitgliedschaft besaßte sich nach einem Bericht des Vorsitzenden mit dem vorläufigen Ergebnis der Lohnverhandlungen und sagte eine Entschlieung, die besagt, daß die schwierige Arbeit unrer Unterhändler anerkannt wird, daß den Bestrebungen der Buchdruckerunternehmer auf Lohnabbau (wofür in Beschlüssen aber auch alle Voraussetzungen fehlen) mit allen Nachmitteln der Organisation entgegengetreten werden muß, und daß die Forderung der 40-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich vollwirtschaftlich gerechtfertigt erscheint. Kurzerhand ohne Lohnausgleich haben die Buchdruckergehilfen bis zum Überdruß an eignen Leibe gekümpft. Die Arbeitslosenfrage erfordert eine Tat von Bedeutung.

m. Freiburg i. Br. Für Sonntag, 21. Dezember, hatte der Vorstand des Gaus Ooberrhein eine Bezirksvorsteherkonferenz nach Offenburg einberufen, um den Bericht des Gausvorstehers **Sandfort** über die Lohnverhandlungen und die Gausvorsteherkonferenz entgegenzunehmen. Auf das fast zweistündige spannende Referat folgte eine kurze Ansprache, in der man sich mit dem Ergebnis einverstanden erklärte und anerkannte, daß dieser Schiedsspruch hauptsächlich der Gehilfenheit und Stärke der Organisation zu verdanken sei. Kollege **Sandfort** ermahnte zu festem Zusammenhalten, damit wir den bis Februar verschobenen endgültigen Verhandlungen gewappnet sind. Folgende Entschlieung fand einstimmige Annahme: „Die heute, am 21. Dezember 1930, in Offenburg tagende, vollständig besuchte Bezirksvorsteherkonferenz des Gaus Ooberrhein nahm nach dem Bericht des Gausvorstehers Stellung zu dem Ergebnis der Lohnverhandlungen. Die Konferenz betrachtet das Ergebnis als ein selbstverständliches und in Anbetracht der großen Hege und überaus brutalen Abbauanträge unrer Arbeitgeber als ein befriedigendes, wofür unrer Vertreter bestens gedankt sei. In Anbetracht der großen Arbeitslosigkeit muß auf der beschrittenen Bahn weitergearbeitet werden, auf daß auch die folgenden Verhandlungen einen objektiven Schiedsspruch und eine Erleichterung für unrer Arbeitslosen bringen.“ Es folgte dann der Bericht von der Gausvorsteherkonferenz, an den sich eine sachliche Aussprache angeschlossen. Die Beschlüsse der Gausvorsteherkonferenz wurden einstimmig gutgeheißen. Unter „Verschiedenem“ wurde über die gerade nicht anläßliche Agitation des Gausverbandes von verschiedenen Rednern Beschwerde geführt und bedauert, daß diese Zwergorganisation bei Verhandlungen mit den Arbeitgebern immer noch eine ihr nicht zukommende Rolle spielt. Die Funktionäre unres Gaus werden, wenn nötig, mit energischen Maßnahmen gegen das Gebaren des Gausverbandes und seiner Hintermänner vorgehen. Nach einem kurzen Rückblick über die heutigen, harmonisch verlaufenen Verhandlungen fand die Konferenz ihren Abschluß.

Hamburg. In unrer außerordentlichen Generalversammlung am 21. Dezember teilte Vorsitzender **Kunzler** zunächst mit, daß hier zur Zeit insgesamt 839 Kollegen arbeitslos sind. Die vorgebrachten Klagen eines Kollegen über die untariflichen Zustände im Betrieb der Graphischen Industrie („Hamburger Volkszeitung“), Arbeitsstundenwesen, Maßregelung von mitleidigen Kollegen usw., soll auf Vorschlag des Vorsitzenden dem Vorstand zur Klärung überwiesen werden. Die weitere Erhebung des bis zum 31. Dezember 1930 berichtigten erhöhten Gaubeitrags (insgesamt 370 M.) soll weiterhin erfolgen und wurde einstimmig beschlossen. Dann berichtete **Kunzler** in knappen Ausführungen über den Verlauf der Lohnverhandlungen und die Hinausschiebung der endgültigen Entscheidung des Zentralarbeitsrichtungsamts bis zum 13. Februar. Während ein Teil der Redner das Verhalten der Verbandsleitung billigte und ihren Kampf für die Interessen der Gehilfen lobend anerkannte, glaubten die Anhänger der Opposition wieder einmal in der üblichen Weise gegen die Verbandsführung polemisieren zu müssen. Die Opposition brachte dann auch eine Entschlieung ein, wonach von den Buchdruckern schon jetzt in ganz Deutschland die Kündigung zum 6. Februar verlangt werden soll. Nach einem kurzen Schlußwort des Vorsitzenden wurde dieser Oppositionsentscheid mit großer Mehrheit abgelehnt. Die Hamburger Buchdrucker verharren auf dem Standpunkt ihrer Entschlieung vom 7. Dezember; sie werden sich gegen jeden Lohnabbau wehren, der nicht mit ganz außerordentlichen Preisfällungen begründet werden kann. Die Hamburger Buchdrucker wollen Hebung des kulturellen Niveaus der Arbeiterschaft und keinen Niedergang. Den Bericht von der Gausvorsteherkonferenz erstattete Kollege **Reindorf**. In der Aussprache zum Bericht über die Gausvorsteherkonferenz kamen drei Kollegen zum Wort, deren Bemängelungen Kollege **Kunzler** aufklärend entgegentrat. Nachdem Kollege **Reindorf** wegen vor-

gerückter Zeit auf das Schlußwort verzichtet hatte, wurde zu Punkt 5 der Tagesordnung (Vortrag über den ersten Arbeiterkatt Sowjetrußland betreffend), nach Hinweis der Opposition auf die Vereingung der Hamburger Sowjetfreunde, beschlossen, dem Vorstand diese Angelegenheit zu überweisen. Die Versammlung war von etwa 1000 Kollegen besucht.

Hannover. Um eine möglichst schnelle Information aller Kollegen im Gau durchzuführen zu können, hatte der Gauvorstand ausnahmsweise eine Ortsvertreterkonferenz zur Berichterstattung über die Lohnverhandlungen und Stellungnahme zu den Beschlüssen der Gausvorsteherkonferenz auf den 21. Dezember nach Hannover einberufen, zu der alle Orte mit zehn und mehr Mitgliedern einen Vertreter entsandt hatten. Außerdem nahmen teil: die Vorsitzenden der Gausvereinigungen der Sparten, die Gauleiter des Hilfsarbeiter- und des Buchbinderverbandes sowie der gesamte Gauvorstand. Nach Worten der Begrüßung erstattete Kollege **Wingst** den Bericht über die Lohnverhandlungen. Die wirtschaftlich wie politisch äußerst gespannte Lage habe allen Vorgängen der Gegenwart und auch unrer Lohnverhandlungen den Stempel aufgedrückt. Der Verlauf der Tagung des DDB in Harzburg sowie die Stellungnahme der „Zeitschrift“ und der Kampf um die Leistungsulagen seien für die Gehilfenchaft Beweis genug gewesen, daß auch unrer Arbeitgeber nicht zurückweichen wolle, wenn es sich darum handle, die Lohn- und Arbeitsbedingungen herunterzubrüden. Auch sie hätten die mit Hilfe der Regierung in Gang gesetzte Lohnabbauwelle auf das Gewerbe losgelassen, mit der Absicht, die Kaufkraft der Gehilfen erheblich zu schwächen, um dadurch angeblich die Wirtschaft wieder anzufurbeln. In kurzen Strichen zeichnete der Referent ein anschauliches Bild von dem Gang der dreitägigen Verhandlungen. Dem Antrag auf 14-prozentigen Lohnabbau sei gegenseitig der Antrag auf Verlängerung des geltenden Lohnabkommens und Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden mit anteiliger Übernahme des Lohnausfalls gegenübergestellt, um den mehr als 20 000 arbeitslosen Kollegen nach Möglichkeit zu helfen. Trotz Ablehnung der Prinzipale und Hervorhebung formaljuristischer Bedenken wegen Einbruchs in den Manteltarif habe der Gehilfenantrag sich wie ein roter Faden durch die Verhandlungen gezogen, und die Argumente der Prinzipale für die Richtigkeit und Notwendigkeit des Lohnabbaues seien von den Gehilfenvertretern nach Strich und Faden zerlegt. Der Abwehrkampf und die Beweisführung der Gehilfenseite habe auch auf die Schlichter gewirkt. Durch den Schiedsspruch sei der Lohnabbauwelle ein Stein in den Weg gerollt, an welcher Tatsache man auch bei Lohnverhandlungen in andern Gewerben nicht vorbeisehen könne. Ohne Zweifel sei der Ausgang dieser Verhandlungen als Erfolg für die Organisation zu buchen und ein Beweis dafür, was eine starke Organisation, was Einigkeit und Gehilfenheit für die Arbeiterschaft bedeuten. Der Bericht wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen. In der Diskussion, die von den Kollegen **Lüde, Kramer, Reuter, Wille, Wiegel** und **Behrens** bestritten wurde, kam der einmütige Abwehrwille der Gehilfenchaft gegen den Lohnabbau unverhohlen zum Ausdruck. Den Gehilfenvertretern wurde Dank und Anerkennung und der Verbandsführung Vertrauen ausgesprochen. Die Preisabbaunktion der Regierung sei verurteilt. Eine fühlbare Entlastung für den Arbeiterhaushalt sei nicht eingetreten und werde auch bis zum nächsten Verhandlungstermin nicht eintreten. Die Gehilfenchaft sei nicht geneigt, sich einen ungerechten Schiedsspruch durch Verbindlichklärung aufzwingen zu lassen. Wenn das Schlichtungswesen noch nicht entbehrt werden könne, dann solle man wenigstens Gewerbe mit starken Organisationen sich selbst überlassen. Im Schlußwort konnte Kollege **Wingst** die einmütige Auffassung der versammelten Funktionäre feststellen. Notwendig sei es, Einigkeit und Gehilfenheit in der Organisation noch mehr als bisher zu stärken, alles Trennende müsse beseitigt und die gemeinsamen Interessen in den Vordergrund gerückt werden. Den Bericht von der Gausvorsteherkonferenz gab Kollege **Sahn**. Einleitend streifte er die Stellungnahme der Konferenz zum Ergebnis der Lohnverhandlungen. Im Hand statischer Berechnungen des Verbandsvorstandes führte Referent dann den Nachweis, daß die Gausvorsteherkonferenz unbedingt Mittel und Wege finden mußte, Deckungen zu schaffen für die außerordentlichen finanziellen Belastungen, die besonders durch die Unterstützung der Ausgesteuerten entfielen. Neue Belastungen könne die Verbandskasse nicht tragen. Aus diesem Grunde seien alle Anregungen auf Unterstützungsweitererung, speziell eine Weihnachtsunterstützung für die Arbeitslosen sowie die Aushebung der Notstandsunterstützung auf ausgesteuerte Reisende, abgelehnt worden. Es folgte in Zukunft darauf hingewirkt werden, die ausgesteuerten Reisenden selbst zu machen. Bei der Entwerfung in der Invalidenkasse seien alle Berechnungen des letzten Verbandstages über den Saufen geworfen. Es sei damit zu rechnen, daß der Stuttgarter Verbandstag vor die Aufgabe gestellt werde, neue Mittel zu bemitteln, wenn nicht ein Leistungsabbau eintreten soll. Eine allgemeine Beitragserhöhung habe die Konferenz nicht für tragbar gehalten, deshalb sei eine Staffelung der Extrabeiträge beschlossen worden. Diese Regelung sei von dem Willen diktiert, die Lasten gerecht zu verteilen, die wirtschaftlich schwächeren Schultern zu schonen. Es sei zu hoffen, daß diese Maßnahme auch in kollegienkreisen Verhältnissen finden wird. Gewerkschaftsgebundene Betätigung sowie finanzielle Unterstützung gewerkschaftsfeindlicher Organisationen seien in Zukunft Ausschlußgrund. Weiter gab Redner das Maßstretat bekannt, durch das Kollege **Wolfram** (Leipzig) als Verbandssekretär gewählt wurde. Die weiteren Beratungsgegenstände der Konferenz wurden von Redner eingehend erörtert. Den Gesamteindruck von der Konferenz sah Redner dahin zusammen, daß die Mitgliedschaft des Verbandes der Deutschen Buchdrucker, wenn sie wie bisher einzig zusammensteht, auch in der Zukunft nichts zu befürchten habe. In der sich dem beifällig aufgenommenen Referat anschließenden Diskussion wurde das Einverständnis mit den Beschlüssen zum Ausdruck gebracht, aber auch auf zu erwartende Schwierigkeiten bei Einziehung der Extrabeiträge hingewiesen. Kollege **Wingst** zerlegte viele Bedenken und wies auf die Mithilfe der Betriebsräte hin. Im übrigen solle durch diese Maßnahme das Einheitsbeitragsystem für die Zukunft nicht aufgehoben sein. Es handle sich um eine vorübergehende Maßnahme. Nachdem Kollege **Wingst** noch auf die Spaltungsbestrebungen gewerkschaftsfeind-

licher Kreise hingewiesen und unter Punkt „Verschiedenes“ Vorkommnisse und Fragen aufklärend besprochen hatte, schloß er die gut verlaufene Tagung mit einem warmen Appell an die Teilnehmer, dem Geist der Einigkeit und Kollegialität von dieser Konferenz hinauszutragen in die Mitgliederkreise und dafür zu sorgen, daß wir den kommenden Dingen gerüstet gegenübersehen.

Kiel. Der Vorstand des Gaus Schleswig-Holstein hatte zum 21. Dezember die Ortsvorstellungen zu einer Konferenz zusammengelerufen. Es galt Stellung zu nehmen sowohl zu dem Ausgang der Lohnverhandlungen wie zu den Verhandlungen und Beschlüssen der Gausvorsteherkonferenz. Kollege **Prüter** gab einen umfassenden Bericht über die Lohnverhandlungen, er schilderte dabei die allgemeine Wirtschaftslage wie die gewerbliche Situation, die Einstellung unrer Unternehmer und die eingeleiteten Phasen der Verhandlungen und kam zu dem Schluß, daß die sechsmonatige Verlängerung des Lohnabkommens unter den obwaltenden Verhältnissen als Erfolg der Organisation zu werten sei. Die Aussprache war eine äußerst rege. Sie ließ erkennen, daß die Funktionäre von tiefem Verständnis für den Ernst der Lage erfüllt waren und die Stellungnahme unrer Unterhändler zu würdigen wußten. Die Lage der Gehilfenchaft im allgemeinen und das Los der Arbeitslosen im besonderen wurde stark beleuchtet und immer wieder betont, daß der prinzipalseitig gewünschte Lohnabbau kein Mittel zur Hebung der Wirtschaft sein könne, zumal ein wirklicher Preisabbau noch nicht stattgefunden hätte. Eine zwingende Notwendigkeit sei aber andererseits die Entlastung des Arbeitsmarktes durch eine Arbeitszeitverkürzung und dementsprechende Einstellung von Arbeitslosen. Die Vorschläge der Gehilfenunterhändler zu diesem Punkt wurden als brauchbare Grundlagentexte angesehen. Die Durchsetzung müsse mit aller Energie betrieben werden. In der Debatte kam mehrfach die Meinung zum Ausdruck, daß die Zeitungsvorleger den Lohnabbau gar nicht so sehr wünschten, weil als Folge der Zwang zum Abbau der Abonnements- und Inseratenpreise kommen würde und dann rein rednerisch sein Vorteil für sie herausstämte. Kollege **Prüter** stellte demgegenüber im Schlußwort fest, daß die Zeitungsvorleger ebenso starke Käufer nach Lohnabbau gewesen seien wie die Werbdrucker. Aus dem Bericht über die Gausvorsteherkonferenz erriethen die Funktionäre sodann ein Bild über die Gesamtlage des Verbandes und die dadurch notwendig gewordene Neuordnung der Extrabeiträge. In der Aussprache wurde die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der Schlagkraft des Verbandes unterstrichen. Im Interesse der Invaliden und Arbeitslosen müßten die Arbeitenden weitere Opfer bringen. Die Beschlüsse über die Staffelung der Extrabeiträge nach den erzielten Verdiensten fanden Zustimmung, wenn auch die Schwierigkeiten der Einziehung nicht unwürdig blieben. Begrüßt wurde das Bestreben, die ausgekehrten Reisenden von der Landstraße zu bringen, es müsse ferner mit Nachdruck dahin gewirkt werden, die langfristig Arbeitslosen in erster Linie wieder in Kondition zu bringen, denn die Lage dieser Kollegen sei erschütternd traurig. Die Zugehörigkeit von Verbandsmitgliedern zu gewerkschaftsfeindlichen Verbindungen wurde weiter ergebnis erörtert und des öfteren eine reinliche Scheidung gefordert. Nach Lage der Dinge wurde aber auch anerkannt, daß streng nach den Satzungsbestimmungen bei Ausschüssen gebandelt werden müsse. Gewünscht wurde hierbei, daß besonderes Augenmerk auf die Betätigung der Jugend gerichtet würde und betont, daß die Gehilfen hier ihren Einfluß stärker geltend machen könnten. Mit Befriedigung wurde Kenntnis genommen von der Mitteilung, daß die Bestrebungen der Prinzipale auf Abbau der über tariflichen Zulagen infolge der Abwehr der Gehilfen nicht den erhofften Erfolg hätten. Unter „Verschiedenem“ wurde eine Reihe örtlicher und beruflicher Fragen besprochen. Ein Redner wies auf den Versuch hin, Kollegen stundenweise zur Ausschilfe zu beschäftigen, dem unbedingt entgegenzuwirken sei. Die leidige Überstundenfrage fand Erörterung und die Notwendigkeit hierin schärfte Rückstuf auf die Arbeitslosen zu üben. Anerkennung fand die Bekannstgabe aus der Kasse. Die Konferenz nahm einen äußerst sachlichen Verlauf und bewies die Zweckmäßigkeit ihrer Einberufung. Sie zeigte, daß die Funktionäre geschlossen hinter der Verbandsleitung stehen und den weiteren Ereignissen mit Vertrauen entgegensehen. Mit einem in diesem Sinn gehaltenen Schlußwort wurde die Konferenz nach sechsstündiger Dauer geschlossen.

Königsberg. In unrer Versammlung am 21. Dezember erbrte man zuerst das Ableben eines verstorbenen Kollegen. Darauf machte der Vorsitzende **Hube** bekannt, daß sich die hiesigen Tageszeitungen am 1. Januar um eine vermehren; diese wird von der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei herausgegeben. Ferner habe die Buchdruckerei **Wangnick** eine neue Aufschrift erfahren. Die schärfste Dankschuld müsse die Gehilfenchaft auf sogenannte „dunkle“ Betriebe geben, wo trotz der furchtbaren Arbeitslosigkeit Mähte hinhin geschleust werden. Ein Wiederaufnahmegesuch mußte zurückgestellt werden. Nun folgte der Bericht unres Gausvorstehers **Reisner** über die Lohnverhandlungen und die anschließende Gausvorsteherkonferenz. Im ersten Teil seiner Ausführungen brachte er der Gehilfenchaft die von der Prinzipalität mit Eifer verfolgten Abbautendenzen zu Gehör. Auch unrer Arbeitgeber leben in hoher Zuversicht, daß ein Lohnabbau die deutsche Wirtschaft wieder hochbringen werde; wir sagen, das Gegenteil wird eintreten, über den Preisentscheidungswinkel brauche an dieser Stelle kein Wort verloren werden. Von einer Arbeitszeitverkürzung wollte die Prinzipalität absolut nichts wissen, und man überläßt es der Gehilfenchaft, allein die Hauptkosten für das Arbeitslosenheer zu tragen. Einmütig erfolgte die Versammlung unrer Vertreter Dank für ihr rechtsfreudiges Eintreten gegen den Lohnabbau. Die Mitteilungen aus der Gausvorsteherkonferenz erregten das lebhafteste Interesse, und die dort gefälligen Beschlüsse wurden einstimmig gutgeheißen. Am Schluß der Versammlung forderte der Vorsitzende die Kollegenschaft auf, die feste Einigkeit und Hochzuhalten, dann werden auch die in letzter Zeit am Gewerkschaftsmittel aufgetretenen „Sterne“, wie „Deutsche Hilfe“ und „RD“, in unrem Verband nichts zu bestellen haben. Mit den besten Neujahrswünschen für alle Kollegen und einem Hoch auf unrer Organisation ging man auseinander.

Leipzig. Unstre am 22. Dezember abgehaltene, sehr stark besuchte **Gaumitgliederversammlung** nahm den Bericht entgegen über die abgeschlossenen Lohnverhandlungen und die Tätigkeit der Gausvorsteherkonferenz. Kollege **Hesseltarth** wies eingangs seiner Ausführ-

zungen auf die allgemeinen Bestrebungen der Unternehmer hin, die jegliche Wirtschaftsstreife dazu zu benutzen, einen allgemeinen Lohnabbau durchzuführen. Preisabbau und Lohnabbau, das sind heute die Parolen, mit denen man die Öffentlichkeit bearbeitet, wenn man auch vom ersten nichts merkt. Beide Schlagworte seien auch ein Teil des Regierungsprogramms, womit man glaubt, die innerpolitischen Verhältnisse leichter meistern zu können. Es sei daher die Aufgabe der Unterhändler bei den Lohnverhandlungen gewesen, auch die geringste Lohnsenkung mit aller Entschiedenheit abzuwehren. Die Auseinandersetzungen im Plenum seien sehr scharf, aber auch sehr schnell zu Ende gewesen. Die dann erfolgte Tagung des Zentral-Schiedsrichtungsamtes habe nach längerer Beratungen den beständigen Schiedspruch gefällt, der eine sechswohige Verlängerung des jetzigen Lohns darstellt. Mit diesem Schiedspruch sei in der Lohnabbauforderung den Unternehmern zunächst ein Halt geboten worden. Bei den für den 2. Februar angelegten Schiedsverhandlungen würden die Geschäftsvertreter in der gleichen Richtung wie diesmal weiterwirken, um auch dann die Hoffnungen der Unternehmer auf einen Lohnabbau zu zerstreuen. In diesen Bericht schloß Kollege Hesselbarth gleich den über die Gaurortseherkonferenz. In der folgenden Aussprache zu beiden Berichten verlangten zwei Redner eine größere Durchsicht gegenüber den eventuellen Nachläufern der K.O.V.-Räpibellen und brachten zu den Lohnverhandlungen zum Ausdruck, daß die Gehaltsforderungen ungenügend gewesen seien und daß im Februar gegen einen etwa andersgerichteten Schiedspruch auch mit den letzten und schärfsten Mitteln angefaßt werden müsse. Die Kollegen Stütz und Hesselbarth stellten im Schlußwort die Darlegungen einiger Disziplinarredner richtig, die da glaubten, durch politische Massenfaktionen die Wirtschaftsstreife beiseite zu können. Die sich dem vollen Ernst der gegenwärtigen Zeit bewußte, aber von ebenso entschlossenen Kampfwillen befehlte Versammlung nahm zum Schluß folgende Entschlüsse einstimmig an: „Die am 22. Dezember in den Konfordin-Besitzungen tagende stark beschleunigte Gewerkschaftskommission billigt die Taktik, die die Geschäftsvertretung bei den Lohnverhandlungen befolgt hat und erwartet, daß auch bei den Verhandlungen im Februar den Maßnahmen der Unternehmer mit aller Entschiedenheit entgegengetreten wird.“

Wichtig. (Maschinenleher.) Um die Pflege des Technischen weit mehr als bisher in den Vordergrund jeder Spartenarbeit zu stellen, beschloß sich auf unserer letzten Zusammenkunft, während der Wintermonate einen Kursus mit praktischen Erklärungen an der Maschine abzuhalten. Die Geschäftsleitung der „Volkzeitung“ stellte in entgegenkommender Weise vier Maschinenleher für diesen Zweck zur Verfügung. Die zahlreiche Beteiligung der Kollegen an den beiden bisherigen Kursustunden bewies die Notwendigkeit solcher Spartenarbeit. Der Obmann der Technischen Kommission (Kollege Bod. Linotype) erläuterte in der ersten Kursusstunde den Sechsmechanismus, die Kinematik, die beiden Eggenerrahmen, die Gummivalzen, die Ausbleibe und die Magazinperkele. Die zweite Kursusstunde befaßte sich mit der automatischen Ausrichtung. Durch kleine Montagen erhielten vor allem die jüngeren Spartenkollegen den besten Anschauungsunterricht und damit die so notwendige Maschinentechnik. Die Frage der Fragestellung beweist das Interesse aller beteiligten Kollegen.

Manheim. Im Anschluß an die Lohnverhandlungen und die Gaurortseherkonferenz berief der Vorstand des Gaus Mittelrhein die Vertreter der Bezirks- und Ortsvereine auf Sonntag, den 21. Dezember, vormittags 9 1/2 Uhr, nach hier, um Stellung zu vorgezeichneten Tagungen zu nehmen. Nach eingehendem Bericht unfres Gaurortseher's Co n r a d i über das Ergebnis der Lohnverhandlungen und des zweiten Vertreters unfres Gaus, Kollegen W i t h n e r, über die Gaurortseherkonferenz und deren Beschlüsse, ergänzt durch Kollegen Co n r a d i, gelangte nach zehntägiger, in jeder Hinsicht laschlicher und dem Ernst der gegenwärtigen Situation Rechnung tragender Aussprache folgende Entschlüsse zur einstimmigen Annahme: „Die am 21. Dezember 1930 in Manheim tagende Konferenz der Bezirks- und Ortsvereine des Gaus Mittelrhein anerkennt die verantwortungsvolle Tätigkeit der Geschäftsvertreter bei den Lohnverhandlungen in Berlin. Daß der Versuch der Prinzipale, den Lohn ohne Vorleistung auf dem Gebiete der jetzt schon totgelagerten Preisindexaktion der Regierung zu senken abgewehrt werden konnte, wird begrüßt, wenn auch damit die Entscheidung vorerst verschoben ist. Die Konferenz ist aber der Meinung, daß auch zu einem späteren Zeitpunkt eine Senkung des Reallohnes nicht in Frage kommen kann und verlangt, von der verantwortlichen Verbandsleitung die sich notwendig erweisenden Maßnahmen. Daß auch jetzt wieder, trotz der gefährlichen Situation für Staat und Volk, keinerlei Entgegenkommen der Prinzipale in der Frage der Arbeitszeitverkürzung erzielt werden konnte, beweist nur zu deutlich, daß die Prinzipale diese Situation vollkommen verkennen. Deshalb können die am 2. Februar 1931 beginnenden Verhandlungen, neben der Erhaltung des Reallohnes, nur in der Richtung der Verkürzung der Arbeitszeit zum Zweck der Einstellung von Arbeitslosen geführt werden, und dies mit aller Tatkraft und Energie. Die Geschäftsleitung stellt sich zu diesem Zweck einhellig hinter die von der Verbandsleitung zu treffenden Maßnahmen. Begrüßt wird der Beschluß der Gaurortseherkonferenz bezüglich des gestaffelten Extrarbeitsvertrages, weil-Solidarität der organisierten Buchdrucker noch nie nur ein Lippenbekenntnis war.“ Der Punkt „Gauangelegenheiten“ war ebenfalls Gegenstand eingehender Aussprache. Die vom Vorstand in verschiedenen Angelegenheiten getroffenen Maßnahmen fanden die Zustimmung der Konferenz, besonders die infolge schwerer Erkrankung unfres Gauassessors Kollegen Kraft vorgenommene provisorische Befehlsung seines Postens. Mit dem Wunsch auf ein zufriedenstellendes Ergebnis bei den am 2. Februar erneut beginnenden Lohnverhandlungen und baldige Genesung des Kollegen Kraft schloß Kollege Co n r a d i nach 8 1/2 stündiger Dauer die Konferenz.

Wien. In einer gut besuchten außerordentlichen Mitgliederversammlung im großen Saal des „Koloheums“ nahm am 21. Dezember unserer Ortsvereins Stellung zum Schiedspruch. Nach dem Vortrag des Chores: „Der Sturm“ von Uthmann, durch den Buchdruckerangereiner gab Gaurortseher und Geschäftsvertreter A u g u s t D ö h l i n g einen ausführlichen Bericht

über den Gang der Verhandlungen zur Schaffung eines neuen Lohns. Die Kollegenschaft konnte daraus entnehmen, mit welchen Mitteln die Unternehmer im Buchdruckgewerbe und auch speziell in Bayern die Lage des Gewerbes heben wollten, und welcher überzeugenden Arbeit es bedurfte, die geplanten Lohnabbaumaßnahmen zu durchkreuzen. Nach kurzer Aussprache, die im Sinne der Entschlüsse gehalten war, wurde einstimmig folgende Entschlüsse angenommen: „Die außerordentliche Mitgliederversammlung des Ortsvereins München des Verbandes der Deutschen Buchdrucker erkennt an, daß die Führer der Organisation gegenüber allen Bestrebungen der Unternehmer auf Lohnabbau ihr Bestes getan haben. Sollte im Februar 1931 erneut ein solches Verbot unternehmen werden, so geloben die Verammelten, mit allen Nachmitteln der Organisation hinter den Führern zu stehen.“ Im zweiten Teil einer Berichterstattung gab Kollege D ö h l i n g die Beschlüsse der Gaurortseherkonferenz bekannt, indem er an reichem Zahlenmaterial und an verschiedenen Dokumenten in Bezug auf die Zerplitterungsarbeit innerhalb der Gewerkschaftsbewegung im allgemeinen und auch im Verband nachwies, wie notwendig die auf der Gaurortseherkonferenz gefassten Beschlüsse waren. Die gegenwärtigen und noch mehr die zukünftigen wirtschaftlichen Verhältnisse müßten allen Kollegen von selbst zum Bewußtsein bringen, daß nur durch eine geschlossene Gewerkschaftsmacht die Absichten des Unternehmertums abgewehrt werden können. Die Verammlung nahm ohne Aussprache die Beschlüsse zur Kenntnis. Die hiesige kommunistische „Neue Zeitung“ wurde von der Sozialdemokratie bis zum 2. Januar 1931 verboten. Die Versammlung nahm gegen dieses Verbot Stellung und wählte einen Ausschuss zur Überwachung, mit dem Ministerium eine Aussprache herbeizuführen, solche Verbote so zu gestalten, daß sie nicht die im Betrieb beschäftigten Arbeiter schädigen. Diese Aussprache hat am 22. Dezember stattgefunden, und es wurde zugesagt, den vorgetragenen Wünschen möglichst Rechnung zu tragen.

Stuttgart. (Maschinenleher.) — Vierteljahrshericht. Während der Sommermonate die Verammlungstätigkeit einer Einschränkung unterworfen, weshalb ein Zusammenziehen der beiden letzten Vierteljahrsberichte geboten erschien. In unserer Versammlung am 21. September gab Vorsitzender K o h l r a u s c h gefällige Mitteilungen bekannt und ging dann über zu seinem Vortrag: „Rationalisierung in der Praxis“. Dieser Vortrag war gewissermaßen eine Fortsetzung zu dem auf der Wanderversammlung in Oberndorf am 3. August gehaltenen Vortrag über Rationalisierung in Schmiedebetrieben“. Er zeigte, wie in der Praxis die Rationalisierung aussieht, wie durch raffinierte Ausbeutungssysteme die Kollegen zu höheren Leistungen angetrieben werden sollen, die aber letzten Endes auf Kosten der Gesundheit der Kollegen gehen. Deshalb wurden auch Wege gewiesen, wie sich die Kollegen gegen solche Auswüchse schützen können. Der Vorsitzende erntete für seine aktuellen und interessanten Ausführungen wohlverdienten Beifall. In der Diskussion kam auch zum Ausdruck, daß kleinste Eifersüchteleien zwischen einzelnen Berufsgruppen verschwinden müssen zugunsten einer erfolgreichen Zusammenarbeit zum Wohle der Gesamtkollegenchaft. — Die Versammlung am 26. Oktober beschäftigte sich mit dem Winterprogramm der Technischen Kommission. Dieses sah für einige Sonntagvormittage im Dezember 1930 und Januar 1931, Technische Vorlesungen an der Maschine, vor, und zwar für die Systeme Linotype, Typograph und Monotype. Anschließend hielt Vorsitzender K o h l r a u s c h einen Vortrag mit Lichtbildern über „Das graphische Gewerbe in der Türkei“. Damit verbunden war eine Ausstellung von im Orient hergestellten Druckmaschinen und Zeitungen. Die ausliegenden türkischen Druckmaschinen zeigten, daß die Entwicklung des graphischen Gewerbes in der Türkei um vieles hinter der deutschen zurückliegt. Infolge der ungünstigen Verhältnisse im graphischen Gewerbe der Türkei warnte der Vorsitzende vor einer Zureife. Der Vortrag wurde mit Beifall von den Kollegen aufgenommen. — Vorsitzender K o h l r a u s c h berichtete in der Versammlung vom 30. November über den Stand der Arbeitslosigkeit. Die „Nachrichten des Brandenburgischen Maschinenlehervereins“ vom November wurden lebhaft diskutiert und der Vorsitzende beauftragt, über den Standpunkt der Verammlung der Zentral-Kommission zu berichten. Unsere Verammlungskommission konnte in verschiedenen Fällen gegen Vorwürfe wegen sogenannter Minderleistungen seitens der Geschäftsleitungen, gegen die sich die betreffenden Kollegen wehren, erfolgreich in Tätigkeit treten. Es wurde der Beschluß gefaßt, im allgemeinen Interesse die Verammlung auch im Winter Sonntags abzuhalten. In den Verammlungs anwesenden Arbeitslosen Kollegen sollen 2 Mk. als Gehalt und Weihnachtens 5 Mk. bewilligt werden. In dem Vortrag des Kollegen S t o k wurde „Der zeitgemäße Werkstoff“ behandelt. Das Anschauungsmaterial hierzu wurde von der Zentrale des Bildungsverbandes in dantenswerter Weise zur Verfügung gestellt. — Am 7. und 14. Dezember, vormittags, fanden in den Räumen der Druckerei der „Schwäbischen Tagwacht“ bereits die ersten technischen Disziplinstunden an der „Linotype“ statt, die infolge ihres guten Besuchs eine Wiederholung erforderlich machen. Der Geschäftsleitung der „Schwäbischen Tagwacht“ soll auch an dieser Stelle für ihr Entgegenkommen der Dank zum Ausdruck gebracht werden.

Allgemeine Rundschau

Nachnamenswerte Beispiele. Wie alljährlich, so gewährte auch in diesem Jahre die Firma „Gazeta O s t z y n k a“ in Wien in ihrem gesamten Personal eine Weihnachtsgratifikation in Höhe von mehr als einem Wochenlohn. — Der Inhaber der Buchdruckerei O t t o G l a s m a n n in Berlin-Neukölln („Neuköllner Tagewacht“) stiftete für die Neuköllner Arbeitslosen den Betrag von 10 000 Mk.

Meisterprüfung. Vor der Handwerkerkammer in Köln bestanden die Gehertollegen W i l l i M a y e r, A u g u s t S p i t z e l und W a n n M a y e r sowie die Druckerkollegen M i c h a e l B u n g e n s t a b und P e t e r H e i n d a c h die Meisterprüfung.

Wir brauchen einen neuen Führer! Unter dieser Spitzmarke wurde kürzlich in den „Mitteilungen“ des Gaus Württemberg mit Recht darauf hingewiesen, wie der Ruf

nach überragenden Führern heute geradezu symptomatisch geworden ist für das Denken vieler Bevölkerungsteile. „Auch aus diesen Stimmen schaffender Menschen“, so heißt es in dem bezeichnendsten kleinen Appell in „a.“, kommt der Ruf nach dem Führer. Zweifel befangen viele Menschen in dieser bitterernten Zeit, in welcher nur der Weltfriede entsetzt und der Überorganisierte Hochkonjunktur hat. Wer den Weltkrieg draußen miterlebte, nicht in den Windeln, und auch nicht als „Unabkömmlicher“ zu Hause war, den werden die moralischen und wirtschaftlichen Nachwirkungen der Kriegszeit nicht mehr überfallen. Der Arbeiter weiß sich bewußt nicht, daß er in der Republik als Staatsbürger mitarbeiten muß, damit die Autokratie gewissenloser Menschen nicht das demokratische Gefüge zerbricht. Der gewerkschaftliche Zusammenstoß als das starke unerfüllte Werk, an dem das Zerstückelungswort scheitert, muß jedem einzelnen als Notwendigkeit dienen. Zwar sind die heutigen Notzeiten vielfach nicht dazu angetan, um bei allen ohne Ausnahme diese Erkenntnis zu wecken. Mander unterliegt mehr oder weniger dem Einfluß der Kreise, die in gewerkschaftlicher Hinsicht keine Aufbau-, sondern Zerstückelungsarbeit leisten wollen. Solche Zweifel können gehoben werden, wenn sich der einzelne vergegenwärtigt, daß die Organisation in jahrelangem Kampf tarifräufige Positionen geschaffen hat, daß es ihr gelungen ist, an Stelle des individuellen Arbeitsvertrages, welcher der Willkür des Arbeitgebers Tür und Tor öffnet, den Kollektivvertrag zu setzen, der jedem einzelnen Schutz und eine gewisse Handhabe bietet. In diesen schweren Zeiten hat die Organisation gegen die Gefahr des sozialen Rückschritts zu kämpfen; an diesem Kampf sich zu beteiligen, ist Pflicht eines jeden einzelnen. Fatalistische Einstellung, Beiseite-Setzen (habet unser Sache ebenso sehr wie die unmittelbare Bekämpfung. Jeder sei in der Beurteilung der Tätigkeit des Verbandes gerecht und nicht nicht durch oberflächliches Urteil seine Organisation und sich selbst. Es hat angefangen der gegenwärtigen Verhältnisse keinen Zweck, sich gegenseitig Sand in die Augen zu streuen. Auch die Organisation will den Mitgliedern keine Perspektiven für die nächste Zukunft eröffnen; die alle Wünsche umfassen; aber darauf ist hingewiesen: in der heutigen Zeit ist der einzelne nichts, Zusammenstoß ist das Gebot der Stunde!“

Deutsche National-Bibliographie. Einer Verlautbarung des Börsenvereins der Deutschen Buchhändler zufolge, will dieser die Schaffung einer vollständigen Bibliographie des gesamten deutschen Schrifttums verwirklichen. Der Gesamtvorstand des Börsenvereins kündigt das Erscheinen einer deutschen National-Bibliographie zu Anfang des Jahres 1931 an. Die Deutsche Bibliographie in Leipzig ist mit der Bearbeitung der National-Bibliographie beauftragt, die, da sie alle Neuererscheinungen des Buchhandels und auch die außerhalb des legitimen Buchhandels erscheinenden literarischen Veröffentlichungen umfassen soll, als ein kulturelles Unternehmen angesehen werden muß, das auch dem internationalen Austausch des Schrifttums förderlich sein wird.

Die Literatur der Seeleute. Nach Mitteilungen des Buchhändlers des englischen Kriegsschiffes „Cornwall“ zu schließen, das kürzlich nach 2 1/2-jähriger Abwesenheit nach Plymouth zurückkehrte, sind die Matrosen der britischen Marine recht gebildete Leute, die einen ausgezeichneten Büchergeschmack entwickeln. Der „Schwimmende“ Buchhändler verort nämlich, daß er während dieser Zeit nicht weniger als 6000 Romane an Bord verkauft hat, und zwar sind die Bücher, die am besten gingen, nicht etwa Abenteuererzählungen oder Detektivromane in der Art von Wallace, sondern am meisten verlangt wurden die Werke der klassischen englischen Erzähler, von Scott, Dickens, Thackeray, Jane Austen, Thomas Hardy usw. Auch für Stevenson und Wells herrschte große Vorliebe, und selbst Galsworthy's etwas langatmige und breit ausgeprägte „Forsyte-Saga“ wurde häufig gekauft. Die Blauejane sind nicht nur literarisch, sondern auch musikalisch interessiert. Dafür spricht die Tatsache, daß es an Bord dieses Kriegsschiffes Hunderte von Romanenbüchern gibt, an deren Gesang sich die Matrosen erfreuen. Der Buchhändler behauptet, daß die übliche Vorstellung von den „Seebären“ als ungebildeten Leuten, denen ein starker Trunk über alles geht, auf den modernen Seemann nicht mehr zutrifft. Die Anforderungen an Bildung, die auf den englischen Kriegsschiffen gestellt werden, sind recht hoch, und damit die Matrosen, sich auf den langen Fahrten geistig weiter entwickeln können, verfügt man sie mit der besten Literatur.

Organisation des Friedens. Wir stehen in der Welt weiter, wenn man den Frieden nur zu einem Hundertstel so gut organisieren würde wie den Krieg. Statt großer einheitlich zusammengefügter Verbände sehen wir überall den Pazifismus in Gruppen- und Grüppchen gefaßt. Man sollte, das ist keine neue Idee, aber ein schwedischer Pazifist, E. Fjohd, hat es erneut aufgegriffen, einen Generalstab für den Frieden geschaffen. Für eine Friedensarmee, die den Krieg gegen den Krieg führen kann, weil sie hierzu vorbereitet ist. Und nicht wie 1914 vom Krieg überfallen wird und nichts zu tun weiß, als bestenfalls zu protestieren und als einzelner ins Gefängnis zu gehen. Fjohd erblickt die stärkste Waffe gegen den Krieg im Generalstreik. Dieser Krieg gegen den Krieg ist also nur mit den Organisationen der Arbeiterchaft gemeinsam zu führen. Es müßte ein genauer Plan, international selbstverständlich, geschaffen werden, und Fjohd macht hierzu sachliche Vorschläge: Organisation des Aufklärungs-kampfes gegen die Kriegspresse und Propaganda, die dem Kriegsausbruch vorangeht; genaue Festlegung der Betriebe, die den Generalstreik gegen die Mobilisierung führen; Blockade des Munitionstransportes; wirtschaftliche, moralische und juristische Unterstützung der kämpfenden Arbeiter usw. Wenn diese Vorschläge des Schweden Fjohd starke Beachtung fänden, vor allem auch in den internationalen Arbeiterorganisationen, so wäre das sehr zu begrüßen. Geredet ist eigentlich über den Pazifismus schon genug; was heute, vielleicht bereits mehr denn je, not tut, das sind Taten.

Internationale Hygieneausstellung 1931. Am 2. Mai dieses Jahres wird in Dresden sich dreißigste eine Internationale Hygieneausstellung eröffnet werden. Die neue Schau stellt sich als eine Wiederholung und Ergänzung der im Jahre 1930 veranstalteten Internationalen Hygieneausstellung dar. Mit den Kreisen der Wissenschaft, Technik und Industrie, die die Förderung menschlicher Gesundheit tatkräftig propagieren wollen, hat sich die Reichsregierung

Freudig hinter die dritte Internationale Hygieneausstellung gestellt. Es wäre bedauerlich gewesen, wenn der Nutzen, den die letzte Hygieneausstellung der Allgemeinheit gebracht hat, sich nicht hätte weiter auswirken können.

Internationaler Freileistungskongress in Brüssel. Im Jahr 1931 findet in Brüssel der Internationale Freileistungskongress statt. Veranstalter ist das Internationale Komitee für Freileistung und Waldschulwesen in Paris, dem sich bereits 24 Staaten angeschlossen haben.

Waldschulwesen in Paris. Die Waldschulbewegung, die mit der Errichtung der Charlottenburger Waldschule für schwächliche Volksschüler 1904 ihren Anfang nahm, hat insbesondere in der Nachkriegszeit in Deutschland einen erfreulichen Auftrieb genommen.

Sür die langen Winterabende!

Die Mitglieder der Göttinger Gilden (Berlin SW 6) haben freie Auswahl unter jetzt 114 Büchern

Berühmte Eingänge

Für die Buchgewerbe- und Gebrauchsliteratur. Verlaß des Deutschen Buchgewerbeerndes am 26. April, 27. Jahrgang, Heft 11/12. Das neue Heft dieser von Alexander Radow begründeten vornehmlich buchgewerblichen Zeitschrift ist ein Sonderheft "Mittelsahrt".

Der "Waldbau". Monatschrift für Waldschulpädagogen von Wilhelm Stille, 3. Jahrgang, Heft 1. Durch die von der Gauvorsteherkonferenz beschlossene Erhöhung des Extrablattes ist überholt zu betrachten.

Briefkasten

D. 2. in D. 1. Durch die von der Gauvorsteherkonferenz beschlossene Erhöhung des Extrablattes ist überholt zu betrachten. 2. Jeder Punkt wurde in den letzten Wochen schon vor dem Einsetzen der Druckarbeiten erledigt.

Verbandsnachrichten

Verbandsbüro: Berlin SW 61, Dreilindstraße 5. Fernruf: Amt Bergmann Nr. 1191, 3141 bis 3145. Vertretung: Amt der Arbeiter, Angestellten und Beamten, N. O., Berlin S 13, Ballhofstraße 65, Postfachkonto Berlin Nr. 1023 87 (W. Schwintz).

Verbandshausbezug

Kollegen, die das Verbandshaus beziehen wollen, müssen sich bis spätestens 11 Uhr vormittags im Zimmer 113 3, Etage, melden. Es findet nur eine tägliche Führung statt; Ausnahme, ohne vorherige Vereinbarung können nicht mehr gemacht werden.

Statistikarten einlesen!

Späterer Einlieferungstermin für Dezember 8. Januar. Eintrag der Statistik der Arbeitslosen 27. Dezember. Auf richtige Frankierung ist zu achten.

Adressenveränderungen

Absch. Anfolge der starken Inflation sind unsere Adressen teilweise eine Unterbilanz für alle Durchreisenden vorläufig nicht geändert worden.

Zur Aufnahme gemeldet

Einwendungen innerhalb 14 Tagen an die bezeichnte Adresse: Am Gau Ober 1, der Zeber Gebm 2 P. l. a. G. b. in Deutschmühlendamm 1910, ausgem. in Wohnungsmieterbrücken 1929; 2. der Schneidergen. Berner 3 u. h. m. a. u. G. b. in Guben 1919, ausgem. d. 1930. — Gultau Meise in Sietzin, Lindenstraße 20, 1.

Berichtskalender

- Bielefeld. Generalversammlung in u. a. Sonntag, den 11. Januar, vormittags 9 1/2 Uhr, in der "Gleichheit", Marktstraße 8.
Balkenburg i. S.H. Jahreshauptversammlung Sonntag, den 10. Januar, abends 7 Uhr, im Gasthof "Zur Krone", Waldenburger-Altkanal.
Belmar. Zweite Vorstandskonferenz der Gau-Verbindungen am Gau in u. a. Sonntag, den 11. Januar, vormittags 10 Uhr, im "Volkshaus" am Belmar.
Seis. Jahreshauptversammlung am Sonntag, den 11. Januar, abends 7 Uhr, in der "Guten Quelle", Schützenstraße.

Aus dem Inhalt dieser Nummer:

- Artikel: Zum Problem der Arbeitszeiterückführung. — Gewerkschaftsrechtlicher Jahresrückblick. — Sozialpolitische Jahresrückblick. — Gesellschaftlicher Rückblick auf 1930. — Was ist es ankommt!
Freiheiten: Technische Rückblick.
Korrespondenzen: Berlin. — Bremen (G.). — Wustahl i. Sa. — Freiburg i. Br. — Hamburg. — Hannover. — Kiel. — Königsberg. — Leipzig. — Weimar (W.-S.). — Wuppertal. — Witten. — Stuttgart (W.-S.).
Rundschau: Nachahmungswerte Viepfele. — Weiterentwicklung. — Wir brauchen einen neuen Kalender! — Deutsche National-Bibliografie. — Die Literatur der Seeleute. — Dransilheruna des Friedens. — Internationale Hygieneausstellung 1931. — Internationaler Freileistungskongress in Brüssel.

Anzeigenpreise: 15 Pf. die siebengespaltene Millimeterhöhe für Stellenangebote und -angebote sowie für Anzeigen kollektiver Herkunft (d. h. Vereins-, Fortbildungs- und Todesanzeigen); 50 Pf. für Anzeigen geschäftlicher Art

Anzeigen

Annahmeschluß: Montag und Donnerstag früh für die jeweilige nächst erscheinende Nummer. Anzeigenaufgaben für den "Korrespondent" 26610 muß nur durch Einschlag auf das Postfachkonto Berlin NW Nr. 26610

Ein frohes, glückliches und erfolgreiches Jahr 1931 wünschen der Zentralkommission der Handsetzer Deutschlands sowie allen angeschlossenen Vereinigungen mit einem "Vorwärts immer". Die Handsetzervereinigungen des Gaus Oder - Gauvereinigung Stettin.

Zum Jahreswechsel die besten Glückwünsche allen unsern Kollegen, Mitarbeitern und Freunden. Bayerische Maschinensetzervereinigung Bezirksverein München

Die besten Glückwünsche zum Jahreswechsel allen Brüdern, unsern Mitgliedern, Funktionären, Freunden und Gönnern. Vereinigung Berliner Rotations- und Tiefdrucker

Schiffliche Regletten Blaufärbung Handwägen Verlag des Bildungsverbandes der D. S., Embd., Berlin SW 61

Allen Kreisvereinen sowie Brüdern verein ein frohes und erfolgreiches neues Jahr! Kreis Berlin der Drucker (W.D.B.)

Allen Brüdern, Vereinen, Verbänden und Spartenorganisationen die besten Wünsche für 1931. Verein Breslauer Drucker. Kreis Breslau der Drucker.

Allen Mitgliedern, Funktionären, Fremden und Spartenvereinen herzlichste Glückwünsche zum neuen Jahr! Maschinensetzer-Vereinigung Gau der Saale Magdeburg

Am 27. Dezember verchied plötzlich unser lieber Kollege und Faktor 4 Otto Köhler im Alter von 37 Jahren. Wie werden sehr traurig sein. Das Personal der Firma Grumwisch & Casimir, Berlin.

Allen lieben Kollegen, die uns anlässlich unserer goldenen Hochzeit beglückwünschten und uns so viele schöne zu Herzen gehende Worte widmeten, danken wir herzlichst und wünschen allen gute Gesundheit im neuen Jahr. Louis Stange u. Frau, Erfurt.

Zum Jahreswechsel ein besseres Jahr! Zentralkommission der Maschinensetzer Deutschlands

Diplome, Fahren Gutenbergsbüsten des Bildungsverbandes d. D. S., Embd., Berlin SW 61 Dreilindstr. 5

Am Weihnachtsabend verchied nach längerem Leben unser lieber Kollege, der Praktikant Franz Eichenstuhl im Alter von 63 Jahren. Wie werden dem Verstorbenen, der über 35 Jahre unserer Organisation angehört, ein ehrendes Bebenken berechnen. Ostseebazin Speyer, S. V. Ludwigschafen/Kb.